Mittwoch, 18. April 1928
10. Jahrgang Nummer 91

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,35 Mk., unter Streifband 2,50 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 75 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 16, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ohle 4719. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ring 8837. Sprechzeit der Redaktion: von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 26, Telephon [illegible]. Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2364. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag"-Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Die Reichsregierung fordert das Verbot des Roten Frontkämpferbundes!

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 18. April.

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, hat der deutschnationale Reichsinnenminister, der ehemalige Kapp-Putschist v. Keudell, auf Grund des Republikschutzgesetzes an alle Länderregierungen das Ersuchen gerichtet, ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes zu erlassen. Keudell stützt sich auf eine Reihe von Vorfällen, die beweisen sollen, daß der Rote Frontkämpferbund eine bewaffnete Organisation sei. Er zieht dazu heran einmal die Befreiung von Otto Braun aus dem Moabiter Gefängnis, ferner einen Zusammenstoß in Altenburg, bei dem zwei Stahlhelmer verletzt sein sollen.

Der Paragraph des Republikschutzgesetzes, auf den sich der Innenminister stützt, gibt den einzelnen Ländern das Recht, beim Staatsgerichtshof gegen das Verbot Einspruch zu erheben. Nach Pressemeldungen hat der Preußische Innenminister diesen Einspruch bereits erhoben, so daß das Verbot in Preußen bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes aufgeschoben ist.

Uebrigens handelt es sich bei diesem Schritt nicht um ein Vorgehen von Keudell allein. Die Rechtspresse weist mit Stolz darauf hin, daß die übrigen Regierungsmitglieder, darunter der Reichskanzler Marx, informiert und einverstanden waren.

*

R. Verbot des Roten Frontkämpferbundes. — Damit eröffnet der deutschnationale Reichsinnenminister im Namen der Bürgerblockregierung den Wahlkampf. Alle beruhigenden Versicherungen, daß ja noch ein Einspruch der Länder an den Staatsgerichtshof möglich sei und erfolgen werde, dürfen uns nicht über die Bedeutung und über die Gefährlichkeit dieses Schlages der Reaktion gegen die revolutionäre Arbeiterschaft hinwegtäuschen. Dem kommenden Wahlkampf ist vom Bürgerblock die Parole gegeben worden: „Contre le communisme", gegen den Kommunismus, das ist das große Stichwort der Wahlen in Frankreich wie in Deutschland.

Was führt der Innenminister des Bürgerblocks zur Begründung seines Verbotes an?

Angebliche Ueberfälle von Roten Frontkämpfern auf Mitglieder faschistischer Organisationen. Der Berliner „Lokalanzeiger", das Leiborgan für monarchistische Dummköpfe, spricht sogar davon, daß „endlich die Autorität des Gesetzes gegenüber einer Organisation wiederhergestellt werden solle, die ihrer in immer neuen verbrecherischen und feigen Bluttaten spottet". Die Unverfrorenheit und Schamlosigkeit, mit der das Bürgerblatt von „feigen Bluttaten" Roter Frontkämpfer spricht, ist einfach bewundernswert. Eben erst ist in Berlin der Lichterfelder Prozeß zu Ende gegangen. Es handelte sich in ihm um den Ueberfall von 600 bewaffneten Faschisten auf 23 Mann einer Roten Frontkämpferkapelle. Im Prozeß wurde festgestellt, daß das feige schwarzweißrote Gesindel mit dem Ruf „Schlagt die roten Hunde tot!" über die schwache Minderheit herfielen, ein Bombardement auf das Abteil eröffnete und einen Schwerverwundeten, den die Polizei unter ihren „Schutz" nahm, noch mißhandelte. So handelten Nationalsozialisten! Das waren „feige Bluttaten"! Aber diese Organisation wurde kurz nach Auflösung des Reichstages selbst in Preußen wieder erlaubt!!

Die demokratische und sozialdemokratische Presse versucht, diesen Schritt des Reichsinnenministers zu einem „ganz persönlichen Geniestreich Keudells" zu stempeln. Wie immer, stellt diese Presse politische Fragen als persönliche, um unangenehmen politischen Eingeständnissen aus dem Wege gehen zu können. Deshalb redet sie jetzt nur gegen v. Keudell und schweigt über Marx und Stresemanns Vertreter, die, wie aus den Feststellungen der Rechtspresse hervorgeht, mit diesem Schritt einverstanden sind. Zwar behauptet die volksparteiliche „Tägliche Rundschau", ein Kabinettsbeschluß läge nicht vor, aber es steht fest, daß v. Keudell seine Ministerkollegen informiert hat und sie keinen Einspruch erhoben. Die demokratische und sozialdemokratische Presse will jedoch ihre Koalitionsgenossen von morgen, das Zentrum und die Volkspartei, nicht mit diesem Akt des deutschnationalen Innenministers belasten, deshalb verschweigt sie ihre Zustimmung. Demgegenüber stellen wir fest, daß der gesamte Bürgerblock, Deutschnationale, Zentrum und Volkspartei, diesem Verbot, das eine offenkundige Wahlhilfe für die Reaktion bedeutet, seine Zustimmung gegeben hat.

Eine andere Ablenkung und Täuschung ist der Hinweis auf die Beschwerde, die Preußen beim Staatsgerichtshof einzulegen ankündigt. Die deutschnationalen Richter dieser obersten Justizbehörde werden gewiß keinen Einspruch gegen das Verbot des deutschnationalen Reichsinnenministers erheben. Die Berliner „Börsenzeitung" spricht bereits jetzt offen aus, daß der Staatsgerichtshof, wenn er angerufen werde, „nach den Vorgängen der letzten Zeit nur die Berechtigung des Ersuchens des Reichsinnenministers anerkennen könne." Bei den bisherigen Erfahrungen mit der deutschen Klassenjustiz kann nur ein vollendeter Narr auch nur die geringste Hoffnung auf eine Ablehnung des Verbots durch den Staatsgerichtshof setzen.

Deshalb müssen die Proletariermassen sich jetzt zum Proteststurm erheben!

Selten ist ein solch guter Anschauungsunterricht über das Wesen der sogenannten demokratischen „Wahlfreiheit" gegeben worden, als durch dieses bevorstehende RFB.-Verbot. Wir wiesen oben schon darauf hin, daß bei Beginn des Wahlkampfes das Verbot der Nationalsozialistischen Partei in Preußen aufgehoben worden ist. Diese schwarzweißroten Strolche, die mit Knüppeln, Dolchen und Revolvern, ohne einen Funken politischer Ueberzeugung, sich als faschistische Rowdies betätigten, werden also republikanische Wahlfreiheit genießen. Den Proletariern im Roten Frontkämpferbund, die ihre Aufgaben nicht in Wegelagerei, sondern in ernster politischer Arbeit sehen, soll diese dagegen genommen werden. Es ist nicht schwer, zu erkennen, was die Ursache dieser famosen „Gleichheit vor dem Gesetz" ist.

Der Bürgerblock fürchtet die Rote Front! Er fürchtet den Zorn der Massen, die am 20. Mai millionenstimmig sich gegen ihn wenden werden! Der deutschnationale Innenminister, der Freund des Putschisten Kapp, möchte dieser immer mehr anwachsenden Bewegung Fesseln anlegen.

Deshalb, Arbeiter heraus zum Protest! Duldet nicht, daß eine Organisation, wie der Rote Frontkämpferbund, der gegen Militarismus und Kriegsgefahr, gegen Faschismus und Reaktion, also für eure Interessen kämpft, verboten wird.

Marschiert auf, zeigt der Bürgerblockregierung, zeigt dem Staatsgerichtshof, daß ihr nicht gewillt seid, zu Kreuze zu kriechen. Zeigt der Reaktion, daß die Rote-Front-Bewegung durch einen papiernen Erlaß nicht totzukriegen ist. Zeigt durch Millionenaufmarsch, daß das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen worden ist.

So muß es sein!

Die Ortsgruppe Breslau-Schwoitsch des Roten Frontkämpferbundes schreibt uns: „Unsere Ortsgruppe hat am letzten Sonntag die zwölffache Abonnentenzahl an Wahlzeitungen umgesetzt und für den Wahlfonds der Partei gesammelt. Am Sonntag, dem 22. April, soll die siebzehnfache und am Sonntag, dem 27. April die fünfundzwanzigfache Abonnentenzahl umgesetzt und für den Wahlfonds gesammelt werden."

Bravo, Kameraden und Genossen in Schwoitsch!
Das ist ein gutes Wahlkampfprogramm!

Kapitulation in Sachsen?

TU. **Dresden**, 17. April. Die Landestarifkommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat beschlossen, den gestern vom Landesschlichter gefällten Schiedsspruch für die sächsische Metallindustrie als unzureichend abzulehnen. Für das Leipziger Tarifgebiet der sächsischen Metallindustrie wurde heute vom Landesschlichter ebenfalls ein Schiedsspruch gefällt, der in der Frage der Urlaubsregelung im wesentlichen die Bestimmungen für das Jahr 1927 beibehält. Die Lohnbasis für Lohnarbeiter wird von 80 auf 85 Pfg., die Akkordbasis von 83 auf 86 Pfg. und der Mittellohn für normal leistungsfähige Arbeiter auf 88 Pfg. (wie bisher) festgesetzt. Wie von Gewerkschaftsseite mitgeteilt wird, dürfte auch dieser Schiedsspruch abgelehnt werden.

Dresden, 18. April. (Eig. Drahtb.) Der gestern gefällte Schandschiedsspruch für die Metallindustrie sieht statt der geforderten 15 Pfg. Lohnerhöhung für die Akkordarbeiter nur 5 Pfg., für die Lohnarbeiter nur 7 Pfg. in der Spitze vor. Gestern tagte die große Ortsverwaltung des DMV. in Dresden. Diese war sich einig in der Ablehnung des Schiedsspruches. Der Vorsitzende der Ortsverwaltung, Föller, erklärte als Antwort auf die Frage, ob gegen die Verbindlichkeitserklärung gekämpft werden solle, das sei bei den Metallarbeitern unmöglich. (!) Der zweite Bevollmächtigte, Händel, erklärte aber zur „Beruhigung", die Verwaltung habe die felsenfeste Ueberzeugung, daß es gelinge, die Verbindlichkeitserklärung zu verhindern. Die Opposition brachte in der Ortsverwaltung folgende Entschließung ein, die aber wiederum nicht zur Abstimmung gestellt wurde:

„Die große Ortsverwaltung hält nach wie vor an den aufgestellten Forderungen der Metallarbeiterschaft fest. Sie hält es für unumgänglich, daß der Kampf nicht eher abgebrochen werden darf, bis die Forderungen der Metallarbeiterschaft restlos erfüllt sind. Die letzte Entscheidung über eventuelle Verhandlungsergebnisse, vor Wiederaufnahme der Arbeit oder Fortsetzung des Kampfes ist durch Urabstimmung der Mitgliedschaft herbeizuführen."

Die Erklärung der reformistischen DMV.-Führer Föller und Händel zeigt, daß die DMV.-Führer in Sachsen genau so wie die reformistischen Gewerkschaftsführer in ganz Deutschland die Schlichtungsinstanzen direkt zur Verbindlichkeitserklärung dieses Schandschiedsspruches ermuntern und somit den Kampf abwürgen wollen. Gegenüber dieser verräterischen Haltung liegt es an der sächsischen Metallarbeiterschaft, mit aller Kraft den Kampf gegen diesen Schiedsspruch und gegen eine etwaige Verbindlichkeitserklärung desselben bis zum Sieg ihrer Forderungen aufzunehmen.

Nachverhandlungen für den Ruhrbergbau

TU. Essen, 17. April. Nachdem der von dem Schlichter gefällte Schiedsspruch von den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Ruhrbergbaues abgelehnt worden ist, hat der Reichsarbeitsminister die Parteien zu Nachverhandlungen zum Freitag, 20. April, in das Reichsarbeitsministerium eingeladen.

(Kommentar siehe Artikel an anderer Stelle der heutigen Zeitung).

Hamburger Hafenarbeiter lehnen ab

TU. **Hamburg**, 17. April. Eine Vertreterversammlung der im Deutschen Verkehrsbund organisierten Hafenarbeiter hat den vom Schlichtungsausschuß von 8,20 Mark [illegible] Schichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch, der eine Erhöhung des bisherigen Schichtlohnes von 8,20 Mark auf 8,60 Mark vorsah, als ungenügend abgelehnt. In einer Vertreterversammlung der Maschinisten und Heizer des Hamburger Hafenbetriebes wurde der Schiedsspruch gleichfalls abgelehnt.

Aussperrung in der Berliner Holzindustrie

Berlin, 18. April. (Eig. Drahtb.) Die Generalversammlung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie hat einstimmig beschlossen, ab Donnerstag die Aussperrung der Berliner Holzarbeiter durchzuführen, da der vom Holzarbeiterverband über einige Betriebe verhängte Streik „nicht berechtigt" sei. Von diesem Aussperrungsbeschluß werden 12 000 Arbeiter betroffen, das ist die Hälfte der gesamten Berliner Holzarbeiter.

Ein Brief des befreiten Genossen Otto Braun

„Worauf es mir und meinen Freunden ankam ...“

(Eig. Bericht.) **Berlin**, 18. April.

In einer Wahlversammlung der KPD. in Berlin am Montag kam unter dem Jubel der Arbeiter ein Brief des befreiten Genossen Otto Braun an die Arbeiterschaft zur Verlesung, in dem es heißt:

„Trotz der außerordentlichen Aufmerksamkeit, die die **Achtgroschenjungen Zörgiebels** für mich an den Tag legen, kann ich mich nicht beklagen. Es ist wirklich ein außerordentlich **wohltuendes Gefühl**, wenn man nach eineinhalbjährigem Studium der Moabiter Gefängniswände wiederum die Segnungen der Freiheit der demokratischen Republik genießen kann. Es tut mir außerordentlich leid, daß ich die Gesetze der von Noske und Hindenburg festgefügten Ordnung unserer herrlichen Republik verletzen mußte, indem ich mich mit Hilfe meiner Kameraden selber amnestiert habe, und noch mehr freut es mich, wenn ich in den Zeitungen lese, daß die Polizei bereits unsere Spur entdeckt hat, indem sie vermutet, daß meine Befreiung höchstwahrscheinlich von Kommunisten durchgeführt worden ist. Diese Schlauheit ist wahrhaft unübertrefflich.

Ich bin aus Moabit ausgebrochen, nicht etwa weil ich den Prozeß, der mir bevorsteht, fürchtete. Solche Behauptungen sind lächerlich. Ebenso wie Tausende von Kommunisten vor mir hätte ich vor dem bürgerlichen Klassengericht meine Pflicht erfüllt, meine Partei und die Ziele des Kommunismus verteidigt. Ob sie mich dann zu drei oder sechs Jahren verknackt hätten, das ist nicht entscheidend. Denn es kommt nicht auf mein persönliches Schicksal an, sondern auf den Kampf der Arbeiterschaft, in dem ich nur eine bescheidene Aufgabe zu erfüllen habe.

Worauf es mir und meinen Freunden ankam, ist, die Arbeiterschaft an das Schicksal jener Hunderte von proletarischen Gefangenen zu erinnern, die schon jahrelang in den Zuchthäusern dieser Ebert-Hindenburg-Republik schmachten. Jene Sozialdemokraten, die sich über unseren Gewaltakt entrüsten, mögen daran denken, daß sie es waren, die die Amnestie abgewürgt haben und sich dadurch eines schändlichen Verrats an den Opfern der weißen Justiz schuldig machten.“

Ein bürgerliches Blatt über die Gefangenenbefreiung

Die „Welt am Montag“ schreibt über die Befreiung des Genossen Otto Braun aus dem Moabiter Untersuchungsgefängnis:

„Selbst der Gegner muß es dem halben Dutzend Arbeitern, die den Kommunisten Braun aus Moabit befreiten, lassen: sie haben es ausgezeichnet gemacht. Darüber herrscht bis zum „Lokal-Anzeiger“ nur eine Stimme. Und auch darüber kann kein Zweifel sein: sie haben nicht nur technisch hervorragend gearbeitet, sondern auch, trotz der unleugbaren Verletzung des Gesetzes, hochanständig gehandelt. Dafür laßt uns ihnen die Hand drücken, und nicht zuletzt dem tapferen Mädchen, das den Mann ihrer Wahl nicht im Stiche ließ, sondern Kopf und Kragen für ihn wagte. Der Schlächter Philipp, der als einziger erwischt wurde, ist um der Treue willen, die er seinen Genossen hält, aller Hochachtung wert. Hier geht es um Dinge, die höher sind als alle Paragraphen, nämlich um den Begriff höchsten und menschlichen Anstandes. Die Polizei hat die Pflicht, die Entflohenen zu verfolgen. Aber weite Kreise des Volkes begleiten ihr Bemühen mit dem herzlichen Wunsche auf ein fröhliches Mißlingen ...

Man hat bei dem verhafteten Philipp keine Patrone entdeckt; hat auch keine im Gerichtsgebäude gefunden. Wenn man bedenkt, daß es sich um Kommunisten handelt, bei denen man eher ein Zuviel findet als eins zu wenig, so ist das schlechterdings beweiskräftig. Die Revolver der kommunistischen Befreier waren ungeladen. Hat man mal schon einen Hakenkreuzler gesehen, der so seine Sache aufs Nichts stellte? Sie können den geladenen Revolver ja nicht einmal entbehren, wenn sie sich in dreißigfacher Uebermacht befinden! Daß ein Mensch, daß ein halbes Dutzend Menschen sich aufs Spiel setzt, ohne sich zu sichern —: das ist die menschliche Seite dieses höchst ungesetzlichen „Bildwitz in Moabit“.

Eine Wahlmache

In einem einzigen Jahre hat die Deutsche Bank 944 Angestellte entlassen, darunter solche mit 15- bis 20jähriger Dienstzeit. Ihren Aktionären dagegen zahlt sie 10 Prozent, die Darmstädter sogar 12 Prozent Dividende, nachdem schon vorher durch reichliche Abschreibungen usw. eine Masse Gewinne versteckt worden ist.

Natürlich packt die Angestellten immer mehr die Unruhe. Nun stehen die Wahlen vor der Türe. Da hat die Regierung sich entschlossen, eine Tat zu tun. Alle Zeitungen verkünden:

„Der Reichsarbeitsminister hat Mittel zur Verfügung gestellt, aus denen erwerbslosen, über 40 Jahre alten Angestellten Darlehen gegeben werden können, die es ihnen erleichtern sollen, sich wirtschaftlich selbständig zu machen.“

Nu, sein, wird da so mancher erwerbslose Angestellte jubeln, der vielleicht schon seit Jahren mit der Familie hungert. Etwas anderes bleibt dir ja sowieso nicht übrig, als dich durch Hausieren mit Zigarren oder als Versicherungsagent oder dergleichen „selbständig zu machen“. Nun kriegst du von der Regierung einen gehörigen Zuschuß, sei dankbar und wähle, wie es ihr gefällt. Also rin ins Vergnügen.

Indessen, wer sich nun die Bedingungen eines solchen Darlehens näher ansieht, der bemerkt zuerst:

„Voraussetzung ist, daß die Rückzahlung irgendwie sichergestellt werden kann.“

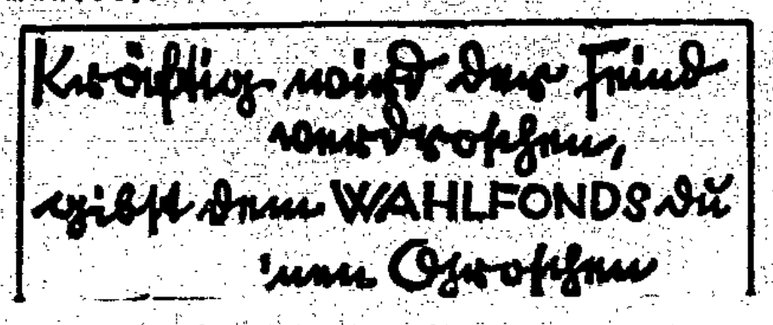
Das war der erste Wermutstropfen in den Freudenbecher. Wer einen Wertgegenstand besitzt, kostbar genug, um als Pfand zu dienen, hat ihn natürlich längst versetzt. Und wer wird Bürgschaft leisten für einen armen Teufel, der selbstverständlich niemals wird zahlen können?

„Die Rückzahlung muß grundsätzlich in Monatsraten binnen zwei Jahren erfolgen.“

Um das zu leisten, muß man spätestens 4 bis 5 Monate nach Empfang der Summe mit der Rückzahlung beginnen. Das aber kann man nur, wenn das neu eröffnete „Geschäft“ gleich vom ersten Tage an brillant geht. Wer will sich darauf verlassen? — Im Gegenteil, man kann mit Sicherheit voraussagen, daß es weder vom ersten Tage an, noch überhaupt jemals gut gehen wird. Denn die ganze Summe, die dem Erwerbslosen als Darlehen gegeben werden, kann, beträgt höchstens tausend Mark!

Es ist natürlich nicht undenkbar, daß ein Erwerbsloser in seiner trostlosen Verlegenheit sich von 1000 Mark blenden läßt. Im Augenblick erscheint es ja viel. Hat er sie aber in der Hand, so wird er sofort merken, daß sie nach keiner Richtung hin — bei heutigen Preisen — ausreichen, um ein Geschäft in Gang zu bringen. Sie werden ihm unter den Händen zerrinnen. Kauft er wirklich Gegenstände für den Geschäftsbetrieb ein, so werden sie sich als unnütz erweisen, weil er mit dem winzigen „Kapital“ das Geschäft doch nicht weiter betreiben kann, und der einzige Erfolg wird sein, daß er so viel mehr Schulden auf dem Buckel hat, und zwar mit der äußerst drückenden Verpflichtung zur Rückzahlung an bestimmten Terminen.

Das Ganze kennzeichnet sich als ein unwürdiges Wahlmanöver!



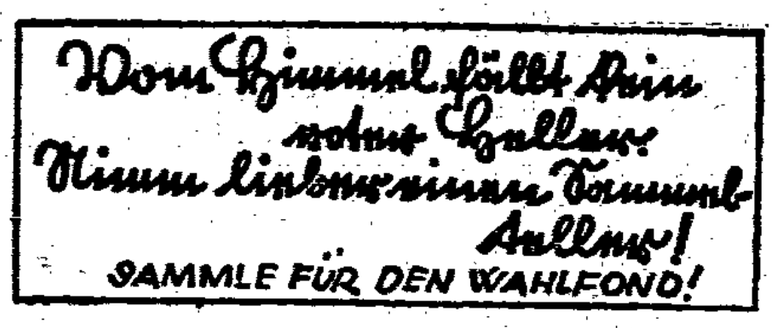
Die Altsozialisten werden immer faschistischer

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 18. April.

Die „Berliner Volkszeitung“ meldet aus Dresden: „Die Altsozialdemokratische Partei Deutschlands hat für den Wahlkreis Sachsen, also sämtliche drei sächsischen Reichstagswahlkreise, als Spitzenkandidaten für die Reichstagswahlen den sächsischen Ministerpräsidenten Heldt aufgestellt. Auf die Reichsliste wurde an zweiter Stelle der Kapp-Rebell, der ehemalige Oberpräsident Winnig, aufgestellt, auf den der ehemalige pazifistische Führer und jetzige Nationalsozialist Nilisch folgt. Bezeichnend ist, daß der auf dem linken Flügel der Partei stehende sächsische Landtagsabgeordnete Bethke, der bisher immer noch die Fühlung mit den Demokraten und Sozialisten aufrechtzuhalten suchte, keinen aussichtsreichen Platz auf der Liste gefunden hat. Damit haben die Altsozialisten bewiesen, daß sie die Verbindung mit den republikanischen Parteien nunmehr vollständig gelöst haben und unmittelbaren Anschluß an die monarchistischen Parteien suchen ...“ — Und diese Leute waren bis vor kurzem führende Sozialdemokraten!

7 japanische Kommunisten erschossen

TU. Tokio. Ministerpräsident Tanaka hat dem Mikado über die innere Lage Japans Bericht erstattet. Der japanische Kronrat bestätigte alle Maßnahmen des Innenministers zur Bekämpfung des Kommunismus. Die Regierung hat weitere Vollmachten erhalten. Nach Feststellung der Untersuchungsbehörden befindet sich das Zentrum der kommunistischen Bewegung in Korea. Am Sonnabend wurde eine Gruppe flüchtiger Kommunisten an der japanisch-russischen Grenze in Korea festgenommen. Sieben Kommunisten wurden beim Feuergefecht erschossen.



Wie Havas aus Tokio meldet, sollen sich verschiedene Professoren und größere Studentenkreise gegen die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen gegen die Kommunisten ausgesprochen haben. Die Bewegung gehe besonders von der Universität Kioto aus, die sich dem Vorschlag der Regierung widersetze, den bedeutenden Professor Kwaroni zu entlassen, gewisse Studenten auszuweisen und die Vorlesungen über soziale Wissenschaften zu verbieten.

Vom Buchdruckerstreik in Königsberg

Königsberg, 18. April. (Eig. Drahtb.) Die streikenden Buchdrucker nahmen gestern erneut zu der Streiklage Stellung. Es herrschte begeisterte Kampfstimmung. In der Ueberzeugung, daß der volle Sieg errungen wird, wurde einmütig beschlossen, den Kampf mit unverminderter Schärfe fortzusetzen und alle Kompromißvorschläge und Streikabwürgungsvorschläge der reformistischen Führer abzulehnen. Die bestreikten bürgerlichen Betriebe versuchen, Streikarbeit im Reiche herstellen zu lassen. Alle Kollegen seien vor Annahme solcher gewarnt. Das Druckerpersonal der Firma Mosse-Berlin hat für die streikenden Kollegen in Königsberg 900 Mark gesandt. Das bedeutet, daß durchschnittlich jeder Mann der Belegschaft eine Mark gezeichnet hat.

Hindenburgs Besuch in Schlesien und Oberschlesien

TU. Berlin, 17. April. Wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, wird Reichspräsident von Hindenburg an den im Herbst in Schlesien stattfindenden Manövern der Reichswehr teilnehmen. Das genaue Programm, das, wie verlautet, voraussichtlich auch den Besuch einiger oberschlesischer Städte einschließen wird, steht naturgemäß noch nicht fest.

*

Die monatelang vorher gemachte Ankündigung des Besuches des kaiserlichen Generalfeldmarschalls zeigt den Zweck des Rummels. Stahlhelmer, Landesschützen, Kriegervereine und alle sonstigen militärischen und nichtmilitärischen Organisationen des Bürgertums sollen rasten, um den Besuch Hindenburgs zu einer großen nationalistischen Kundgebung im Zeichen der „Volksgemeinschaft“ zu machen.

Schwiegersohn wie ein Hohenzoller

Leipzig, 18. April. (Eig. Drahtb.) Das Reichsgericht verwarf die Revision des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, der von allen Instanzen verurteilt worden war, einem früheren Hofangestellten, der bereits seit 1899 am preußischen Hofe tätig war, ein Ruhegehalt von zunächst 130 und später 117 Mark zu gewähren. Der Prinz hatte diesen Anspruch mit einem Hinweis auf die durch die Inflation erlittenen Vermögensverluste abgelehnt.

Die russische Goldsendung vor Bremen

Die „DAZ.“ meldet aus Bremen: „Die sowjetrussische Goldsendung im Werte von einer Million Pfund Sterling, die Amerika nicht angenommen hat und Frankreich angeblich beschlagnahmen wollte, ist im Kanal auf der Höhe von Falmouth bei Nacht vom Lloyddampfer „Dresden“, der nach Cherbourg weiterfuhr, auf den Lloyddampfer „Reiher“ umgeladen worden. Der Lloyddampfer „Reiher“ mit der Goldsendung wird heute in Bremen erwartet.“

Verhaftung von polnischen Unteroffizieren wegen „kommunistischer Tätigkeit“

TU. Thorn, 18. April. Die polnischen Militärbehörden haben in den letzten Tagen eine Reihe von Unteroffizieren der Culmer Garnison verhaften lassen. Die Verhafteten haben sich kommunistischer Tätigkeit schuldig gemacht. Ueber die Einzelheiten der Angelegenheit darf nichts verlautet werden.

Geldstrafe statt Gefängnis für die „Weltbühne“

Berlin, 18. April. (Eig. Drahtb.) In dem sogenannten Weltbühnenprozeß wegen Beleidigung der Reichswehroffiziere wurde heute das Urteil gefällt. Die Berufung der Angeklagten wurde verworfen, jedoch mit der Abänderung, daß die vom Schöffengericht verhängte Gefängnisstrafe von zwei bzw. einem Monat umgewandelt wird für den Angeklagten Berthold Jacob Salomon in 1000 Mark, für den Angeklagten v. Ossietzki in 600 Mark Geldstrafe.

Auswandern oder krepieren

Die „Vossische Zeitung“ meldet aus London: „Die Regierungskommission, die die Zwangsumsiedelung der arbeitslosen Bergarbeiter geprüft hat, ist nach Angaben der „Times“ zu recht pessimistischen Schlußfolgerungen gelangt. Die ledigen Arbeitslosen könnten nur nach gewerblicher Umschulung und Vorbildung in der Kunstseiden- und der chemischen Industrie wenigstens zum Teil untergebracht werden, während für die Bergarbeiter, die schon Familie hätten, nur schwer in anderen Landesteilen Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden können. Für sie käme in erster Linie Auswanderung nach den Dominions in Frage.

Die Ozeanflieger von der Eisinsel befreit

Auf fremden Flugzeug nach Neuyork

Wie aus Quebec gemeldet wird, sind die Bremenflieger gestern morgen um 0,30 Uhr von Greenly Island abgeflogen. Schiller war von Natashkwan nach Greenly zurückgeflogen, um die Deutschen und Cuisinier aufzunehmen. Von der Funkstation Montreal wird gemeldet, daß das Flugzeug Bremen auf dem Eisbrecher Montcalm nach Halifax gebracht werden soll.

Die Bremenflieger werden in dem Hilfsflugzeug nach der Murray Bay gehen und von dort mit dem Flugzeug F 13 nach Neuyork fliegen.

Die „Italia“, das Nordpolflugzeug des Generals Nobile

Kleine politische Nachrichten

Verhaftungsfieber in Mailand. Die aus 50 Beamten der Kriminal- und Sicherheitspolizei zusammengesetzte Fahndungsabteilung entwickelt in Mailand und Umgegend nach wie vor eine lebhafte Tätigkeit. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Darunter ist, wie die bürgerlichen Telegraphenagenturen behaupten, eine Bande, die außer dem Mailänder Attentat noch weitere Verbrechen verübt hat. — Wer glaubt diesen Schwindel?

Antimilitaristische Demonstrationen in Paris. Vor der Kaserne des in Brisac liegenden 71. Infanterieregiments kam es nachts zu antimilitaristischen Demonstrationen, die erst durch die Kasernenwache aufgelöst wurden. Ein junger Mann wurde wegen „Soldatenbelästigung“ verhaftet.

Der Papst über Jugenderziehung — der Konflikt mit Mussolini. Die „Vossische Zeitung“ berichtet aus Rom: „Das Organ des Vatikans, der „Osservatore Romano“ meldet, daß der Papst einen Ausschuß des Verbandes katholischer Männer in Sonderaudienz empfing. In seiner Aussprache äußerte sich der Papst insbesondere über die Jugenderziehung. Die katholische Kirche allein habe die wichtige Mission der Erziehung der Jugend da sie die Machtmittel dafür

Oberschlesien

Magistrat Hindenburg vor dem Arbeitsgericht

Magistratsvertreter Stadtverordneter Diepold stempelt die Arbeiter als arbeitsscheu. — Stadtverordneter Genosse Paris als Vertreter der Arbeiter.

Am 13. April wurde vor dem Arbeitsgericht die Verhandlung wegen Nichtzahlung des Frauen- und Kinderzuschlages gegen den Magistrat fortgesetzt. Den Vorsitz führte Amtsgerichtsrat Dr. Wagner. Als Vertreter des beklagten Magistrats erschien erneut der Stadtverordnete Diepold vom Mieterschutz. Die Arbeiter als Kläger hatten den Genossen Paris als Vertreter bestellt. Im Sommer vorigen Jahres sind durch den Magistrat, Abteilung Wohlfahrtsamt, gegen 30 Arbeiter, die zum Teil aus der Erwerbslosenfürsorge ausgesteuert waren, in Arbeit genommen worden. Die Arbeiter mußten sich einer ärztlichen Untersuchung in bezug auf Arbeitsfähigkeit unterziehen. Sie verrichteten Straßenpflasterungsarbeiten usw. Die Entlohnung erfolgte nach dem Lohntarif der Kommunal- und Staatsarbeiter. Doch die Frauen- und Kinderzulage von drei Pfennig pro Stunde bezahlte man ihnen nicht. Während der Beschäftigungszeit wurde von seiten der Arbeiter die Zahlung der Zuschläge gefordert, aber dem kam man nicht nach. Bei der ersten Verhandlung, als Herr Diepold für die Abweisung der Klage keine Argumente mehr hatte, da stellte er die Arbeiter als arbeitsscheu hin. In der Verhandlung vom 13. April erklärte der Magistratsvertreter, daß

für den Magistrat keine tariflichen Bindungen bestehen,

da die Betreffenden als Hilfsbedürftige zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft eingestellt wurden. Man holte sich zur Argumentation einen Aufsatz aus einer Zeitschrift her, den man sich vom reaktionären Oberbürgermeister Dr. Geisler pumpte, der von Schwachsinnigen usw. sprach, die, wenn sie durch den Bezirksfürsorgeverband beschäftigt werden, entlohnt werden können, wie es den Bezirksfürsorgeverbänden paßt.

Der Vertreter der Arbeiter, Genosse Paris, wies die ins Feld geführten Argumente zurück und begründete die rechtliche Seite der Klage. Nicht eine Anlehnung an die Tariflöhne, sondern die Zahlung des Lohnes erfolgte nach dem Tarif der Kommunal- und Staatsarbeiter, der die Zuschläge vorsieht, die aber vom Magistrat den Arbeitern zu Unrecht vorenthalten wurden. Die verrichteten Arbeiten wurden von vollerwerbsfähigen Männern geleistet und nicht von Schwachsinnigen. Bis zu acht Monaten hatte man die Arbeiter beschäftigt, und der Magistrat hat dieselben um Hunderte von Mark geschädigt. Diese Schädigung hatte auch ihre Konsequenzen beim Bezug der Unterstützung der Erwerbslosenversicherung, die sich gleichfalls schädlich auswirken mußte. Die Arbeiter verlangen ihr gutes Recht. Der Klage stattzugeben ist kein „Akt der Menschlichkeit", sondern Pflicht des Magistrats.

Trotzdem wies das Gericht die Klage zurück. Die Begründung, die der Vorsitzende gab, war höchst sonderbar. Er gab zu, daß die Forderung der Arbeiter zu Recht besteht, daß aber wegen der Kompliziertheit des Falles erst auf verwaltungsrechtlichem Wege die Sache entschieden werden soll. Der Berufungsweg stehe gleichfalls Frage entschieden werden soll. Der Berufungsweg stehe gleichfalls offen.

Die Entscheidung des Arbeitsgerichts zeigt der Arbeiterschaft, daß auch diese Organe im Interesse der Bourgeoisie wirken. Vor allem sieht die gesamte Arbeiterschaft, wie der Magistrat mit seinem Mieterschutz-Stadtverordneten Diepold die 30 Arbeiter um die paar Pfennige Frauen- und Kindergeld prellt. Dieser Zentrums-Magistrat, dessen politische Partei für das Gebären ungewollter Kinder bei den Proletariern eintritt, verweigert das Kindergeld. Mit diesen Methoden wird sich die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beschäftigen. Die kommunistische Fraktion reichte folgenden Antrag ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die im Lohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beim Magistrat sind nach dem in Frage kommenden Tarif zu entlohnen.
2. Die Arbeiter, die im vorigen Jahre durch das Wohlfahrtsamt eingestellt und beschäftigt wurden, die Frauen- und Kinderzuschläge nicht erhalten haben, bekommen dieselben nachgezahlt."

Die Steuerzahler werden sich noch erinnern, wie der Magistrat sich zum Stadtrat Killing einstellte, wo er ein halbes Jahr spazierenging und sein volles Gehalt bezog. Weil sich dieser feine Mann endlich bequemte zu arbeiten, gab man ihm ein Monatsgehalt von über 1400 Mark. Die Werktätigen müssen erkennen, daß die bürgerlich-demokratische Kommune gleichfalls ein Werkzeug der besitzenden Klasse ist. Darum am 20. Mai eine jede proletarische Stimme der Kommunistischen Partei, als der wahren Interessenvertreterin aller Ausgebeuteten.

Auf, zum Wahlkampf um die Rote Kommune!

Gleiwitz

Eine Abfuhr für Scheffel. Die oberschlesische Sozialdemokratische Partei eröffnet ihren Wahlkampf mit sogenannten „Kanonen". Von Frankfurt und Berlin werden sie heruntertransportiert, um der oberschlesischen Arbeiterschaft einzuhämmern, daß nur die Sozialdemokratische Partei die Befreiung bringe. Nachdem Marckwald von Frankfurt a. M. von der Beuthener Arbeiterschaft abgefertigt wurde, versuchte Franz Scheffel in Gleiwitz sein Heil. Seine gesamten Ausführungen gipfelten darin, daß er erklärte, am 20. Mai fällt die Entscheidung über die weitere Zukunft des deutschen Volkes. In der Diskussion rechnete Genosse Glagau in dreiviertelstündigen Ausführungen mit der Politik der Sozialdemokratischen Partei so glänzend ab, daß er dabei den ungeteilten Beifall aller Versammelten fand. Das Schlußwort von Scheffel war die obligatorische Kommunistenhetze. Das „Volksblatt" verschweigt schamhaft die Versammlung in Gleiwitz, bringt aber dabei einen Bericht von der Versammlung in Hindenburg. In dieser Versammlung benahmen sich nämlich die SPD.- und reformistischen Gewerkschaftsbonzen so hysterisch, daß sie bei den Ausführungen des Diskussionsredners Genossen O. W. ein Indianergeheul anstimmten. Trotzdem war auch diese Versammlung eine Niederlage für die SPD.-Politik.

In geistiger Umnachtung erhängt. In einem Keller im Stadtteil Petersdorf wurde der 59 Jahre alte Kesselheizer Franz Mosler von den Hausbewohnern tot aufgefunden. Mosler soll in geistiger Umnachtung seinem Leben ein Ende durch Erhängen bereitet haben.

Gleiwitz. Ueberfall. Auf der Coseler Straße wurden zwei hiesige Kaufleute von drei unbekannten Männern überfallen und beraubt. Den Tätern fielen 260 Mark in die Hände. Einer von ihnen ist verhaftet worden.

Beuthen

Entlarvte Antibolschewisten und Maifeiersabateure im Bergarbeiterverband

Am 15. 4. fand hier eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes statt, in der die für den 22. April, 16 Uhr, festgesetzte Wahl der Delegierten zum Verbandstag des BAVD. nach Magdeburg bekanntgegeben wurde. Es wurde rege Beteiligung gewünscht.

Eine rege Debatte entfesselte die Frage der Maifeier, nachdem der Vorsitzende Katzmarczyk offen zugab, daß seine Partei diesmal auf eine Demonstration verzichte und nur eine Saalversammlung abhalten wolle, weil die Kommunisten sich den Anordnungen des ADGB. (lies SPD.) nicht fügen wollen. Dieser Kaisersozialist schämte sich nicht, zu erklären, man könne der SPD. nicht zumuten, hinter den roten Fahnen mit Sowjetsternen zu marschieren, weil das nicht die Fahnen unseres Landes wären. (!) Auch Neukirch und Zöllder, beides SPD.-Leute, hetzen gegen die KPD. und den gemeinsamen Aufmarsch am 1. Mai und versteigen sich zu der Behauptung, daß die Beschlüsse des ADGB. auch bindend für die KPD. sein müßten. Charakteristisch war der Ausspruch des Zöllder. Dieser stellte in Aussicht, daß die Maidemonstration von seinem sauberen Parteigenossen Polizeipräsidenten Beck verboten werden könnte, wenn der RFB. mitmarschiere. Er sagte ferner wörtlich: „Es kann auch Tote dabei geben." Herr Zöllder weiß also, was er von seinem Genossen Beck, der bereits 1924 die Maidemonstration blutig auseinanderhauen ließ, zu erwarten hat. In der Debatte beleuchtete unser Genosse Schweda das frevelhafte Spiel, das sozialdemokratische Funktionäre gegenüber der notwendigen gemeinsamen Maidemonstration treiben, und wies auf den schamlosen Ueberfall sozialdemokratischer Funktionäre gegenüber kommunistischen Arbeitern hin. Die Mehrheit der Versammelten sah ein, daß es an der SPD. liegt, wenn keine gemeinsame Demonstration zustande kommt. Und parteilose Arbeiter, die in der Diskussion sprachen, prangerten das Verhalten der SPD. gebührend an. Die Antwort der Beuthener Arbeiterschaft auf die unerhörte Sabotage des Maigedankens wird eine starke Beteiligung an der Maidemonstration der KPD. sein. Mögen korrumpierte sozialdemokratische Führer, die aus der Staatskrippe fressen, sich schämen, hinter roten Fahnen mit Sowjetstern zu marschieren — sie marschieren lieber in Gemeinschaft mit Bürgerpack vor Hindenburg auf. — Die Arbeiter — auch die ehrlichen sozialdemokratischen Proleten — wissen, daß sie nur unter dieser Fahne kämpfen und siegen können und sind stolz darauf, unter Sichel und Hammer am 1. Mai zu demonstrieren.

Mikultschütz. Auf dem hiesigen Rangierbahnhofe wurde der Zugführer Kubitza aus Peiskretscham beim Gleisüberschreiten von einem Güterzuge erfaßt. Er erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Hindenburg

Die Kommunisten für besseren und billigeren Verkehr und tarifliche Bezahlung bei den städtischen Arbeitern

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat folgende Anträge eingebracht:

I.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:
Der Magistrat wird ersucht:

1. Den Autobusverkehr in allen Stadtteilen einzurichten. Die Linie Zaborze ist bis zur Landesgrenze Poremba zu führen.
2. Folgenden Fahrpreistarif in Kraft zu setzen:
   a) der Fahrpreis innerhalb eines Stadtteils beträgt 10 Pfg.
   b) Der Fahrpreis von Stadtteil zu Stadtteil beträgt 15 Pfg.,
   c) der Fahrpreis nach Sosnitza oder Mikultschütz beträgt 25 Pfg., nach Pilzendorf 30 Pfg., nach Roklitnitz 40 Pfg.,
   d) bei Entnahme von Fahrscheinheften (Fahrscheinhefte von zehn Stück ab) 40 Prozent Ermäßigung.
3. Autoschnellverkehr nach den Städten Gleiwitz und Beuthen einzurichten.

II.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:
Der Magistrat wird ersucht:

1. Alle die im Lohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nach dem in Frage kommenden Tarif zu entlohnen,
2. den im vorigen Jahre beschäftigt gewesenen Arbeitern sind die Frauen- und Kinderzuschläge nachzuzahlen,
3. die entstandenen Kosten beim Arbeitsgericht durch die Klageabweisung sind durch die Stadtkasse zu übernehmen.

Oppeln

Versammlung der Gemeindearbeiter

Freitag nachmittag fand die nicht gut besuchte, aber lebhafte Versammlung statt. Auf der Tagesordnung war vorgesehen: Bericht der Tarifkommissionssitzung in Centnerbrunn und Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz. Die Kollegen Schulz und Marzall sprachen zur Geschäftsordnung und verlangten einen Bericht über den Stand der Lohnbewegung und einen Punkt Organisatorisches. Kollege M. als Vorstandsmitglied beschwerte sich, daß der Vorsitzende Motzko ganz eigenmächtig handelt, ohne den Vorstand zu befragen.

Zuerst sprach der Vorsitzende etwa drei Minuten. Die Tarifkommission schlug eine Lohnforderung von 12 Pfennigen vor, der Antrag Oppeln, 15 Pfennige zu fordern, wurde abgelehnt. Von Oppeln wurde in die Tarifkommission Motzko vorgeschlagen. Die Tarifkommission hatte nur zwei Stunden Zeit für ihre Sitzung. Kollege Schulz kritisierte scharf, daß so wenig Zeit für die wichtigste Frage im Verbande ist und verlangte, daß gegen die Ablehnung unserer auch noch minimalen Forderung durch reformistische Verbandsinstitutionen energisch protestiert werden soll.

Als Vorbereitung für den Verbandstag findet am 6. Mai in Waldenburg eine Gaukonferenz statt. Diesmal kann sich der Vorsitzende nicht allein hindelegieren, sondern die Mitglieder wählten mit überwiegender Mehrheit den Kollegen Marzall (Oppeln). Als Ersatzmann wurde Kollege Schulz gewählt.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß am 20. April in Oppeln die Lohnverhandlungen für Oberschlesien stattfinden. Kollege Mücke macht den Vorschlag, daß alle Betriebsratsvorsitzenden aus den Werken teilnehmen. Motzko will das verhindern. Als jedoch der Vorschlag angenommen wird und in der Debatte der Vorsitzende, der übrigens als Versammlungsleiter glänzend seine Unfähigkeit bewies, anständig zurückgewiesen wurde, schloß er die Versammlung. Stürmisch verlangten die Kollegen die Fortführung derselben und brachten sie wieder in Fluß. Kollege Schulz verlangte, daß die Organisation für die bei der Gartenverwaltung um ihren Lohn betrogenen Kollegen und Kolleginnen eintritt. Mücke jedoch als Vertreter der Gartenverwaltung sagte, er werde es schon machen und riskierte einen großen Ton. Schulz entlarvte ihn sofort und bestand darauf, daß der Verband seine Mitglieder nicht länger durch die Stadt betrügen läßt. Wenn der Verband so tarifiren ist, muß er wenigstens vom Arbeitgeber das gleiche verlangen (Wirtschaftsdemokratie!). Diese bittere Wahrheit paßte natürlich dem Vorsitzenden und Mücke nicht, und er löste einfach, um zum Abendbrot zu kommen, die Versammlung. Eine wichtige Frage, die Unterschlagung von Verbandsgeldern durch den besten Freund und Hintermann des Vorsitzenden, Pansa, konnte so durch den Vorsitzenden hintertrieben werden.

Die Gauleitung läßt sich jetzt wieder nicht sehen. Der kommunistische Vorsitzende ist ja nicht mehr. Daß aber die Verschleuderung von Verbandsgeldern so geduldet wird, ist doch ein bißchen verdächtig. Wir ersuchen hier öffentlich, nach dem Rechten zu sehen, und im Interesse der Organisation schädigende Elemente zu entfernen, wenn sie auch noch so große Freunde der Reformisten sind.

Der erste Landsonntag. Nachdem der Reichstag des Bürgerblocks verreckte, rüsten Partei und RFB., die breiten Massen vor den Wahlbetrügern zu warnen und sie hinter die Führerin des Proletariats, die KPD., zu bringen. Bei schlechtem Wetter brachte uns das Lastauto mit Anhänger aus Oppeln heraus, zuerst nach dem Dorfe Kempa. Mit Musik der Schalmeienkapelle wurde durch das Dorf marschiert, die Bevölkerung durch Mundpropaganda und Verkauf von Zeitungen aufgeklärt. Luboschütz—Lugnia—Jellowa—Königshuld—Zowade und noch dazwischen liegende Orte wurden so bearbeitet. In den größeren Orten wurden Ansprachen gehalten. Die Landbevölkerung sowie in Königshuld die streikenden Metallarbeiter stimmten dem zu, was Genosse Girndt ihnen über die Politik der SPD. vor Augen führte. Der Literaturumsatz war ein guter. Die Genossen, und besonders die Alten sind da hervorzuheben, legten sich mit großem Eifer ins Zeug. In Jellowa konnte der Grundstein für eine Ortsgruppe des RFB. durch einige Anmeldungen gelegt werden. Die Sympathie der Bevölkerung für die KPD. war gut. Die Teilnehmer des Landsonntags waren ebenfalls befriedigt. Sie sahen, daß ihre Arbeit auf guten Boden fällt. Sonntag, den 22. April, wird mit dem Auto die Strecke Falkenberg—Friedland—Proskau bearbeitet. Antreten hierfür ist um 8 Uhr am Schützenhaus. Bei trockenem Wetter sammeln sich die Radfahrer ebenfalls zu derselben Zeit.

Oeffentliche Bedürfnisanstalt als Entbindungsstation. Die Republik der Reichen läßt Proletarierfrauen auf der Straße entbinden, weil für werdende Mütter und Säuglinge die Gehälter der hohen Beamten nichts übrig lassen. Am Sonnabend plötzlich überrascht, war eine ärmlich gekleidete Frau gezwungen, hilflos in der Bedürfnisanstalt am Karlsplatz zu entbinden. Nachdem die Bedauernswerte erst nach mehreren Stunden sich bemerkbar machen konnte, wurde sie in diesem Zustand ohne ärztliche Hilfe und Hebamme von der Sanitätskolonne weggeholt. — Kommentar überflüssig.

Für unser Geld auf Stimmenfang! Franz Scheffel, wohlbestallter Vorsitzender des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, befindet sich als Wanderprediger der SPD. in Oberschlesien. Derselbe Scheffel, der von den Geldern der Eisenbahner bezahlt ist, der, angeblich um die Neutralität der Gewerkschaften zu wahren, Kommunisten aus dem Verbande ausschließt, ganze Ortsgruppen auflöst, agitiert als Chef des Einheitsverbandes für die SPD. Solange ihnen noch Arbeiter, wenn auch unter schärfstem Druck der Reformisten, die Möglichkeit geben, werden wir uns noch oft von Arbeitervertretern treten und betrügen lassen müssen.

Zu der Scheffelversammlung am Donnerstag in Oppeln, in der „Erholung", wurde auch ein kleiner Betrug verübt. Auf den Plakaten steht groß: Der „Führer des Einheitsverbandes spricht," und als Unterschrift nur „Ortsgruppenleitung". Es hört sich an, als wenn er im Auftrage des Einheitsverbandes spricht. Dies ist jedoch nicht der Fall. Scheffel spricht für die SPD., um sich auch ein Mandat zu ergattern.

Ratibor. Erschossen aufgefunden. In Schimowitz wurde nachts der 23jährige Maurer Alois Mrosek von dem 27 Jahre alten Arbeiter Ludwig Stosch mit einer kleinkalibrigen Büchse erschossen. Es ist noch nicht festgestellt, ob der Täter einen Einbrecher in dem Erschossenen vermutete oder aus Eifersucht die Tat vollbracht hat. Der Täter ist geflüchtet.

Versammlungskalender

Die Adresse der Bezirksleitung Oberschlesien ist: Franz Glagau, Gleiwitz, Wilhelmstraße 26. Telephon Amt Gleiwitz 4085. Postscheckkonto Franz Glagau, Gleiwitz, Amt Breslau Nr. 39774.

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, 19. April:

Gleiwitz. 19,30 Uhr im Parteibüro Instruktionsabend für alle Parteifunktionäre (also auch die Genossen Funktionäre in anderen Organisationen). Parteimitgliedsbuch dient als Ausweis.

Freitag, 20. April:

Biskupitz. 19,30 Uhr in der Gaststätte öffentliche Wahlversammlung. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Geschke.

Sonntag, 21. April:

Sammel- und Werbesonntag.

Gleiwitz. 11 Uhr in Petersdorf, an der Schule X, Platzkonzert des RFB. 12 Uhr an der Coseler Straße, „Stadt Wien", Platzkonzert des RFB., in der gesamten Stadt von 10—12 Uhr Werbe- und Sammelsonntag.

Beuthen. Vormittags Werbe- und Sammelsonntag. — Nachmittags 4 Uhr auf dem Ring öffentliche Kundgebung. Referent Reichstagsabgeordneter Geschke.

Ratibor. Vormittags 11 Uhr auf dem Ring öffentliche Kundgebung. Referent Reichstagsabgeordneter Geschke.

Miechowitz. Vormittags 10 Uhr im Restaurant „Kaiserkrone" Mitgliederversammlung von KPD., RFB., KJVD., RH. und IAH.

Falkenberg OS. Sonntag, 22. 4., öffentliche Kundgebung auf dem Ring. Anschließend Konzert.

Sonstige Organisationen

Gleiwitz, Verband für Freidenkertum u. Feuerbestattung, Sonnabend, den 21. April, 20 Uhr, Diskussionsabend. Thema: „Marxismus—Antimarxismus." Lokal: „Zum Grafen Moltke", Hahnhofstr. 34. Gäste sind willkommen.

Kameraden des Roten Frontkämpferbundes Oberschlesien

Sonnabend und Sonntag, den 21. u. 22. April d. J., sind unsere Generalmobilmachungstage für die „Arbeiter-Zeitung"

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Nur 3 Tage

Heute Mittwoch, 18. April, Donnerstag, 19. April Freitag, den 20. April, täglich 5 und 8 Uhr

Das Ende von St. Petersburg

Regie: W. J. Pudowkin

Alle Arbeiterblätter von Deutschland brachten bisher eine hervorragende Kritik über dieses Filmwerk russischer Filmkunst. In Berlin läuft dieser Film an 23 großen Lichtspielhäusern mit beispiellosem Erfolg

Kulturprogramm: „Mona, der Sohn der Südsee“ und die **„Emelka-Wochenschau“**

Mitglieder aller proletarischen Gewerkschafts- und Parteiorganisationen zahlen bei Vorzeigen des **Mitgliedsbuches** an der Filmkasse für 2 Personen nur **je 50 Pf.**, andere Besucher **70 Pf.** für den Einheitsplatz. Erwerbslose, Rentner- und Invaliden **bis 5 Uhr gegen Ausweis 25 Pf.** nur an der Tageskasse

Für Jugend verboten

Arbeiter-Sport-Kartell zu Breslau E. V.

Schauspielhaus

Operettenbühne

Breslau

Tel. Stephan 38 300

Täglich 20 Uhr

Lady X

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Mittwoch, 20 Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie G 17

Rigoletto

Pfandleihhaus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 21

Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

Hüte, Mützen, Oberhemden Trikotagen, Schirme, Stöcke

Herrenartikel-Bazar

F. Karliner, Beuthen OS.

Schießhausstraße, Ecke Ring

Stadtgraben Licht-spiele ODEON

Ohl. Stadtgrab., Taschenstr., an Ecke Klosterstr. d. Liebichshöhe

Ab Dienstag, 17. cr., täglich in beiden Theatern

der gewaltigste aller Russenfilme

Das Ende von St. Petersburg

Als 2. Schlager:

Die Höschen des Fräulein Hustle

Eintrittspreise von 50 Pfg. an

Erwerbslose zur 1. Vorstellung von Montag bis Donnerstag 30 Pfg.

In den ODEON-Lichtspielen

wochentags von 10–13 Uhr

Vormittags-Vorstellung

Erwerbslose 30 Pfg.

Ruhiges kinderloses Ehepaar sucht

Leerzimmer

mit Küche oder Benutzung derselben. Gegend Ohlauertor bevorzugt. Offerten unter **P. P. 100** an die Exp. d. Ztg.

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 14. 4. bis Freitag, den 20. 4. täglich 20 Uhr

Zum 1. Male

Schwarz und Weiß

von Sacha Guitry

Sonnabend, den 21. 4.

Zum ersten Male

Toboggan

Drama von Gerhard Menzel

Thalia-Theater

Von Montag, den 16. 4. bis Freitag, d. 20. 4. täglich 20 Uhr

Der Hexer

Sonnabend, den 21. 4. 20 Uhr

Schwarz und Weiß

Wir empfehlen unsere

Buchdruckerei

zur Anfertigung von

Werken
Plakaten
Briefbogen
Rechnungen
Programmen
Einlaßkarten
Flugblättern
Massenauflagen usw.

Gute Ausstattung! Niedrigste Preise!

PEUVAG

Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft Berlin

Fil. Breslau

Trebnitzer Str. 50

Diese Woche:

Bauch Pfd. -.70

Zum Ausflug:

Rohe Mettwurst . . . ¼ Pfd. -.30

Pa. welche Zervelatw., ¼ Pfd. -.40

Fleischermeister

Georg Weiß

Breslau, Matthiasstr. 177

Deutsch-Lissa

Fisch-Spezial-Geschäft Deutsch-Lissa Elisabethstrasse 1

Garantiert für frische Fischwaren aller Art

Flußfische, Seefische usw.

Durchaus perfekte Stenotypistin

zum sofortigen Antritt gesucht

Angebote unter „Sekreteriat“ an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Zahl- und Auskunfts-Stelle für Grabpflege-Gebühren

sowie andere Friedhofs-Gebühren

der städtischen Friedhöfe Gräbschen, Oswitzer Straße und Cosel

An der Elisabethkirche 3/4, Erdgeschoß links, Zimmer 1 a

Dienstzeit von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmitt.

Auskunft in Grabdenkmals-Angelegenheiten

bei der Friedhofs-Direktion

An der Elisabethkirche 3/4, Erdgeschoß rechts, Eingang durch Zimmer 11 (8–1 Uhr)

Inserate

haben in unserer Zeitung

guten Erfolg

Teilzahlungs-Verkäufe

Fahrräder-Marke „Herold“

Kinderwagen: Beste Qualitätsware.

Sprechapparate: In jeder Preislage.

Günstige Wochenraten-Geringe Anzahlung

Gebrüder Rauh

Gollschau-Salinger 236

Amtliche Bekanntmachung von Weißstein

Betrifft: Neuaufnahme in der gewerblichen Berufsschule Weißstein.

Alle Knaben aus Weißstein einschließlich Ortsteil Neu-Salzbrunn und aus Konradsthal, die am 31. März d. J. die Volksschule verlassen haben, sind berufsschulpflichtig und haben die gewerbliche Berufsschule hierselbst an den festgesetzten Stunden zu besuchen.

Sämtliche Knaben, die unter Absatz 1 dieser Bekanntmachung fallen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Anmeldung persönlich zu bewirken.

Die Neuaufnahme und Versetzung der Schüler in der hiesigen gewerblichen Berufsschule findet statt:

a) **für die gewerblichen Klassen**
Donnerstag, den 19. April 1928, 17 Uhr;

b) **für die Klassen der ungelernten Arbeiter**
Freitag, den 20. April 1928, 17 Uhr,

und zwar an beiden Tagen in der Volksschule II (Niederschule) **in Weißstein — Zimmer Nr. 15 —.**

Wer durch Krankheit usw. am persönlichen Erscheinen verhindert ist, hat sich schriftlich anzumelden.

Die jugendlichen landwirtschaftlichen Arbeiter bleiben bis 15. Oktober d. J. beurlaubt. — Aufnahmetermin wird rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Hierbei weise ich darauf hin, daß nach der bestehenden Kreissatzung über die Einführung der Berufsschulpflicht im Landkreise Waldenburg alle im hiesigen Gemeindebezirk beschäftigten oder wohnenden, nicht mehr volksschulpflichtigen männlichen Jugendlichen unter 18 Jahren, gleichviel welchem Berufe sie angehören und ob sie überhaupt in einem Arbeitsverhältnis stehen oder nicht, berufsschulpflichtig sind.

Die jugendlichen Bergarbeiter genügen ihrer Berufsschulpflicht durch den Besuch der von der Niederschlesischen Steinkohlenbergbau-Hilfskasse zu Waldenburg errichteten bergmännischen Berufsschule.

Soweit die Schulpflichtigen nicht in einem Arbeitsverhältnis stehen, treten die Eltern oder ihre gesetzlichen Vertreter an die Stelle der Arbeitgeber und haben die An- und Abmeldung der Schüler bei dem Schulleiter innerhalb sieben Tagen schriftlich zu bewirken.

Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht Bestrafung im Wege der Schulzucht gemäß § 7 der vorgenannten Kreissatzung oder auf Grund des § 150 Ziffer 4 der Gewerbeordnung erfolgt, nach § 9 des Gesetzes betreffend die Erweiterung der Berufsschulpflicht vom 31. Juli 1923 mit Geldstrafe bis zum zehnfachen Betrage des Lohnes, den der Schulpflichtige für den Tag der Schulversäumnis verdiente, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft. Bei Jugendlichen, die keine oder nur geringere Vergütung (Taschengeld) beziehen, wird der ortsübliche Lohnsatz für gleichaltrige Jugendliche der Bestrafung zu grunde gelegt. Sachbezüge (freie Wohnung, freie Beköstigung usw.) werden mit dem vom zuständigen Finanzamt hierfür festgesetzten Betrage angerechnet.

Gleichzeitig weise ich unter Bezugnahme auf § 5 der erwähnten Kreissatzung die Arbeitgeber darauf hin, daß sie ihren Arbeitnehmern unter 18 Jahren, die eine Berufsschule besuchen, die hierfür erforderliche freie Zeit zu gewähren und sie zum pünktlichen und regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten haben (§ 120 der Reichsgewerbeordnung). Arbeitgeber, welche dieser Verpflichtung nicht nachkommen, werden gemäß § 150 Ziffer 4 a. a. O. bestraft.

Weißstein, den 11. April 1928.

Der Vorsitzende des Berufsschulvorstandes der gewerblichen Berufsschule Weißstein in Schlesien.

Hertwig.

Nachstehende Ausgabestellen der „Arbeiter-Zeitung“ in Mittel- und Niederschlesien

nehmen Abonnementsbestellungen entgegen

Alt-Röhrsdorf: Richard Dorn.
Alt-Warthau: Martin Geßner.
Alt-Läßig: Gustav Springer.
Altwasser: Zimmermann, Breslauer Straße 42.
Briesen: Quersbach.
Bärsdorf, Gustav Elsner, Hausdorf Kr. Waldenburg.
Bettlern: Paul Pfumpfel, Grünhübel.
Brockau: Erich Schoer, Breslauer Straße 11.
Brockendorf: Ernst Riedel.
Brieg: Fritz Flegel, Holzmarkt 7, III.
Bolkenhain: Bertha Ludwig, Schweinhaus b. Bolkenhain.
Bunzlau: Willy Gottwald, Annenweg 41 b.
Bohrauseifersdorf: Traugott Lazina, Bruchhaus.
Carlowitz: Kolberg.
Cosel b. Breslau: Herbert Goblitz.
Collm bei Spreitz, Kr. Rothenburg O.-L.: P. Finster.
Cammelwitz: Robert Oesterle.
Dätzdorf: Gustav Neumann.
Deutsch-Lissa, Joseph Wittel, Bahnhofstr. 5.
Deutsch-Ossig: Gustav Rafelt.
Dittersbach: Paul Rudolph, Lutherstraße 20.
Freiburg: Josef Grabsch, Bubenau 4.
Friedland: Hermann Spalling, Ring 3/4.
Friedeberg a. Qu.: Paul Baumert, Friedrichstr. 107.
Fellhammer: August Winkler.
Freystadt: Wilhelm Freitag, Markt 19.
Frankenstein: Ernst Zentsch, Neue Straße 4.
Groß-Mochbern: Hermann Böhm.
Gleinaudorf: Paul Neumann.
Görlitz: Erwin Dengler, Lunitz 6.
Gaibsdorf: Alfred Elsner, Nr. 293.
Gierdersdorf: Alfred Brakle, Hauptstraße 24.
Gottesberg: A. Mohrholz, Bahnhofstraße 7.
Greiffenberg: Otto Reiche, Gerberstraße 11.
Gramau: Robert Nüder, Nr. 228 a.
Grünberg: Otto Reimann, Dreifaltigkeitskirchhof 4.
Glogau: Wilhelm Lange, Dominikanerplatz 1/2.
Goldberg, Paul Döring, Sälzerstraße 8.
Gottschau: Rudolf Holz.
Grünhübel: Paul Pfumpfel.
Gersdorf Kr. Bunzlau, Kurt Wolfsdorf.
Harpersdorf Kr. Goldberg: Paul Hainke.
Hundsfeld: Alfred Kiehnert.
Hartmannsdorf, Post Hennigsdorf: Karl Samma II.
Hainwald: Oswald Franke, Nr. 63 a.
Herlau: Hermann Rosen.
Hermsdorf a. Kynast: Paul Schneider, Mühlweg 38.
Hermsdorf u. K.: Gustav Esser, Warmbrunner Str. 17.
Hohenfriedeberg: Gustav Kramer.

Halbau: Paul Arold, Pohlstraße 8.
Häckricht bei Wansen, Friedrich Wuttke.
Hirschberg: Ida Kirschke, Sechsstätte 43.
Hirschberg-Cunnersdorf: A. Berger, Dorfstr. 147.
Hausdorf, Kr. Waldenburg: Gustav Elsner.
Haynau, P. Bentrup, Liegnitzer Straße 29.
Henriettenhütte: Gottfried Grinke, Haubestraße 7.
Herrnprotsch: Emil Kühn.
Heinbach: Hermann Bödel.
Jäschkendorf: Schwarzer.
Jauer: Gustav Mielke, Weberstraße 6.
Klein-Mochbern: Langer, Siedlungshaus 1.
Klein-Gandau: A. Gebauer.
Klein-Tschansch: Paul Müller, Ohlauer Chaussee
Konradswaldau: Marlon.
Konradsthal: Richard Schubert.
Kaltwasser: Gustav Mielke, Jauer, Ring 18.
Königszelt: Mnike Alfons, Feldstraße.
Kütten: Paul Beier.
Kauffung: R. Sieber.
Kranzendorf: Alfred Rammel.
Kotzenau: Morntschke Gustav, Haynauer Straße 12.
Leschwitz bei Görlitz: Alfred Böde, Neustraße.
Langenöls: Anna Häbel.
Lauban: Georg Kolan.
Lehmwasser Kr. Waldenburg: Franz Wenzel, Nr. 44.
Langenwaltersdorf: Richard Hoffmann.
Liebau: Josef Burghardt, Trautenauer Straße 78.
Landeshut: Wilhelm Brückner, Friedrichstr. 12.
Löwenberg: Paul Winkler, Blücherstr. 1.
Liegnitz: Paul Kuhnt, Ritterstraße 9 II.
Lüben: Paul Pusch, Schlachthof Nr. 5.
Militsch: Walter Chojewitsch, Bartsch-Vorstadt.
Münsterberg: Max Gumpert, Patschkauer Str. 5.
Mittel-Langenöls: Anna Häbel.
Marklissa: Bruno Walter, Markt 101.
Meffersdorf: Emil Poppe.
Neuhäusel Bez. Liegnitz: G. Steller.
Neukirch b. Breslau: J. Jagusch, Breslauer Str. 48.
Neumarkt: Heinrich Staffe, Zaukenstraße 1.
Neu-Oderwitz: Walter Geldner, Friedhofstr. 5.
Nieder-Hermsdorf: Maria Wetzel, Hüttenstraße 4.
Nieder-Salzbrunn: Kauder.
Neurode: Feigmann, Kunzendorfer Lauben 71.
Neusalz a. d. O.: Alfred Mimal, Comeniusstr. 15.
Neuhof: Stabner.
Neu-Burgsdorf: Richard Dorn.
Ober-Baumgart Kr. Bolkenhain: Georg Haube, Nr. 5.
Ohlau: Karl Benin, Oderstraße 7.

Oels: Gustav Scholz, Ohlauer Straße 6 I.
Ober-Salzbrunn: Heinrich Kunze.
Nieder-Salzbrunn: K. Kauder, Waldenburger Str. 41.
Ober-Hermsdorf: Julius Müller, Nr. 31.
Ober-Leschen: Hermann Giesel.
Oberleutmannsdorf Kr. Schweidnitz, Wilhelm Gube.
Peiskerwitz: Josef Dudschig, Lindenstraße 13.
Prausnitz: R. Neumann, Ring 76.
Peterwitz: Gustav Vogel.
Penzig: Max Stumpf, Turnerstraße 6.
Petersdorf: Richard Seeliger, Nr. 265 c.
Primkenau: Max Paddel.
Peterhain, P. Müda, Kr. Rothenb. O.-L.: M. B[illegible]
Quitzdorf: Wilhelm Klein.
Rauscha OL.: Otto Redner, Neue Straße 305.
Rothenbach: Ernst Hamshire, Nr. 135 a.
Ruhbank: Wilhelm Unger, Nr. 1.
Reichhennersdorf: Hermann Bönsch.
Reimswaldau: Alfred Höhn, Nr. 61.
Sandberg: Max Stelzer, Schulstraße 4.
Seitendorf: Rolke, Dorfstraße 48 a.
Sagan: Otto Archner, Stockhausgasse 2.
Sadewitz: Ernst Milde, Sadewitz bei Canth.
Schweidnitz: Berta Hennig, Kupferschmiedestr. 7.
Schönberg: Paul Queißer, Seidenberger Straße 4 I.
Schomberg O.-S., Viktor Michalla, Feldstraße 9.
Schoßdorf: Paul Gäßner, Nr. 218.
Schmiedeberg: Christian Robens, Oberstraße 2.
Schwarzwaldau: Hermann Pietsch, Nr. 83.
Schmidtsdorf: Karl Albrecht, Nr. 43.
Schmoltsch: Robert Ende.
Schiedlagwitz: Josef Hartrumpf.
Sprottau: Fritz Drescher, Herzenstraße 8.
Stabelwitz: August Bartsch, Nr. 50.
Strobel: Josef Engel.
Striegau: Georg Reimann, Heimstättenweg.
Steinseifersdorf: H. Kopka.
Strampitz: Bürger.
Sachwitz bei Canth, Josef Hartrumpf.
Strehlen: Josef Weinsch, Brehmer Straße 51.
Trautenau: Josef Püschel, Gebirgsstraße 48.
Tschischdorf Nr. 77, Kirschner.
Wüstendorf: Lehmann.
Waldenburg: Oskar Rey, Weinrichstraße 12.
Weißstein: Konrad Neumann, Hauptstraße 104.
Wüstegiersdorf: Robert Stepanek, Blumenau.
Zeithain, Post Bernsdorf (Ob.-Laus.). J. Halup.

Der Rosenfelder Fememordprozeß

(Eig. Bericht) Stettin, 16. April.

Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute vormittag der Prozeß gegen den Leutnant a. D. Edmund Heines und sieben weitere Angeklagte wegen Ermordung des ehemaligen Roßbach-Angehörigen Willi Schmidt. Die Angeklagten, Leutnant a. D. und jetziger Student der Rechte Edmund Heines aus München, der frühere Feldwebel und jetzige Kraftwagenführer Ottow aus Peitz bei Kottbus und der Arbeiter Ewald Fräbel aus Bremen, sind angeklagt, den früheren Angehörigen der Organisation Roßbach Willi Schmidt im Jahre 1920 vorsätzlich getötet zu haben, während die Angeklagten Arbeiter Max Krüger, Administrator Ernst Bergfeldt aus Rosenfelde, Eisenbahnschlosser Max Bendemer, Kutscher Kurt sowie Arbeiter Johannes Vogt der Beihilfe beschuldigt werden.

Zunächst wurde der Angeklagte Max Krüger vernommen. Er gehörte zunächst der Sturmabteilung Roßbach an und trat im Jahre 1920 zu der Arbeitsgemeinschaft Roßbach nach Stecklin über. Hier wurde ihm im Laufe der Zeit der Ermordete Willi Schmidt zugeteilt. Ueber die ihm zur Last gelegte Straftat äußerte sich Krüger dahin, daß Schmidt anfangs sehr arbeitsfreudig gewesen sei, sich später aber geweigert habe, zu arbeiten. Als Vertrauensmann habe er, Krüger, ihn dem Kreisleiter in Eichewerder, dem Leutnant Walter Schulz, pflichtgemäß gemeldet. In dem Dorfe Stecklin sei aber das Gerücht umgegangen, daß der Ermordete die von der Organisation Roßbach versteckten Waffen habe verraten wollen. Daraufhin sei er, Krüger, von zwei Herren, dem Angeklagten Heines und einem zweiten Herrn, den Heines als Kriminalbeamten bezeichnete, aufgesucht worden. Während aber der Angeklagte Krüger vor dem Untersuchungsrichter im Februar des Jahres ausgesagt hatte, in diesem Kriminalbeamten den Angeklagten Ottow erkannt zu haben, glaubt er jetzt, sich des zweiten Herrn nicht mehr entsinnen zu können. Auf Aufforderung des Leutnants Heines habe er diesem das Quartier des Schmidt gezeigt, sei aber zunächst nicht mit ihm in das Haus gegangen. Späterhin sei er in das Zimmer getreten und habe wahrgenommen, daß Schmidt am Kopfe stark blutete, er will aber nicht wissen, wie Schmidt zu der Verwundung gekommen sei. Leutnant Heines und der angebliche Kriminalbeamte seien daraufhin mit Schmidt in ein Vorwerk fortgefahren.

Im weiteren Verlauf gab der Angeklagte Bendemer an, auf der Fahrt mit dem bereits vorwundeten Schmidt nur eine passive Rolle gespielt zu haben. Er habe im Wagen gestanden, während sich die anderen in den Wald begaben. Ob sie dort gegraben hätten, könne er nicht genau sagen. Der Angeklagte Vogt belastete den Angeklagten Bergfeldt. Er gab u. a. an, daß Bergfeldt ihn an dem fraglichen Abend auf sein Zimmer gerufen und ihn beauftragt habe, Spaten vom Speicher zu holen. Mit diesen Spaten sei man dann in den Wald gefahren und habe begonnen, eine Grube auszuwerfen. Auf Befehl von Leutnant Heines sei die Arbeit aber dann wieder eingestellt worden. Der Angeklagte Bergfeldt bestritt, Vogt wissentlich den Schlüssel zu dem Speicher gegeben zu haben, von dem er die Spaten geholt hat. Der Angeklagte mußte zugeben, daß er sich bemüht hatte, die Aufdeckung des Verbrechens zu verhindern. Vor der Vernehmung des nächsten Angeklagten ließ der Hauptangeklagte Heines durch seinen Verteidiger mitteilen, daß er ein Geständnis ablegen wolle. Der Angeklagte Fräbel teilt dann über den Verlauf der Tat mit, er sei nachts in einem Quartier geweckt worden und dann mit Heines, Ottow und Bär in den Wald gegangen. Dort habe Heines zunächst zwei Schüsse auf Schmidt abgegeben, der darauf hingestürzt sei.

Leutnant Heines, der Schütze aus dem Hinterhalt

Der Angeklagte Bär gab eine Schilderung der Vorgänge und hielt dabei seine vor dem Untersuchungsrichter gemachten Aussagen aufrecht, wonach ein Schuß gefallen sei, der seiner Meinung nach von Leutnant Heines abgegeben wurde. Kurz darauf seien zwei weitere Schüsse gefallen. Wer diese Schüsse abgegeben habe, könne er nicht sagen. Darauf wurde der Hauptangeklagte, der frühere Leutnant und jetzige Student der Rechte, Edmund Heines, vernommen. Er schilderte zunächst seinen Lebenslauf und gab dann zur Tat selbst folgende Schilderung: Die verschiedenen Meldungen, daß der ermordete Schmidt die Waffen an den Feindbund verraten habe, seien ihm durch den Vizewachtmeister Just gemacht worden, der Schmidt im Gespräch mit Kommunisten gesehen haben wollte. (!) Nach einer Schilderung der Festnahme des dann später ermordeten Schmidt gab Heines an, daß er in Gemeinschaft mit Fräbel, Bär, Ottow und Schmidt die Fahrt zum Marientaler Forst fortgesetzt habe. In einer Lichtung sei gehalten worden, da man der Ansicht war, vom Wege abgekommen zu sein. Als er von einer Wegeerkundung zurückkehrte, und auf Schmidt zutrat, habe er von diesem einen Schlag erhalten. Darauf habe er auf Schmidt geschossen. Die Behauptung der Anklage, er hätte mit Bedacht einen Mord begangen, weise er zurück.

Zweiter Verhandlungstag

(Eig. Bericht.) Stettin, 17. Februar.

Der Beginn der heutigen Verhandlung verzögerte sich etwas, da zunächst eine Konferenz zwischen Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigung über die weitere Durchführung des Prozesses, vor allem über den Umfang der Beweisaufnahme, stattfand. Wahrscheinlich wird es notwendig sein, den Fememordprozeß Gädicke, der nach der Zurückweisung durch das Reichsgericht unmittelbar im Anschluß an diesen Prozeß vor dem Stettiner Schwurgericht verhandelt werden sollte, um einige Zeit zu vertagen. Dann wurde in der Verhandlung fortgefahren und der letzte noch nicht vernommene Angeklagte, der Feldwebel Ottow, zur Sache gehört. Er bekundete, wie Leutnant Heines, mit dem er zusammen auf Gut Liebenow untergebracht war, ihm eines Tages gesagt habe, in Stecklin sei ein Spion zu verhaften, er solle mit ihm hinfahren und den Gummiknüppel mitnehmen. In dem Hause der Familie Walter, wo Schmidt sich aufhalten sollte, habe man ihn zunächst nicht gefunden, bis man mit einem Male gemerkt habe, daß Schmidts Hut auf dem Tische lag. Daraufhin habe man auch auf dem Boden nachgeforscht. Dort sei dem die Treppe Hinaufsteigenden schon entgegengeschallt: Wer herankommt, den schieße ich über den Haufen."

Den Vorhalt des Oberstaatsanwalts, daß Schmidt doch vorher die Waffen abgenommen worden seien, bestritt Ottow und schilderte dann weiter, wie man den heftig blutenden und weinenden Schmidt dann mit einem Stück Bettlaken verbunden und vom Blut gesäubert habe.

Vorsitzender: „Taten Sie das aus Mitleid?"

Angeklagter: „Jawohl, Schmidt bat uns weinend, wir sollten ihn doch nicht schlagen."

Der Angeklagte schildert dann die Wagenfahrt mit Schmidt und später den Gang in den Wald hinein zur Mordstelle. Er hat sich während dieser ganzen Zeit nichts gedacht. Man sei ganz vom Wege abgekommen und er habe sich von den übrigen entfernt. Plötzlich habe er dann Schüsse gehört, sei sofort zurückgeeilt und habe eine Person auf dem Boden liegen gesehen. Man rief ihm zu: „Schießen Sie!" und er schoß nun einige Male auf die am Boden liegende Person, die er später als Schmidt erkannte.

Aus aller Welt

Aus Mitleid vergiftet

Ein „Verbrechen", welches aus Sohnesliebe begangen worden ist, beschäftigt gegenwärtig die Mordinspektion der Berliner Kriminalpolizei. Im Juni 1925 starb nach langer Krankheit eine Frau in der Bergstraße in Berlin. Man hatte in der Charité erkannt, daß ihre Krankheit unheilbar war und hatte sie wieder zu ihren Angehörigen entlassen. Die Kranke, die sich über ihren Zustand völlig klar war, äußerte wiederholt den Wunsch, bald von ihren Leiden erlöst zu werden. Ihr damals 23jähriger Sohn, der mit großer Liebe an seiner Mutter hing, verschaffte er sich daraufhin einem Dentisten, wo er in der Lehre war, ein rasch wirkendes Gift. In einer Nacht, in der er am Krankenlager der schwer leidenden Mutter wachte, setzten die Schmerzen der Frau wieder mit großer Gewalt ein. Der Sohn holte nun ein Glas Wasser und tat das Gift hinein. Die Kranke trank das Glas aus und schlief bald darauf sanft und schmerzlos für immer ein. Erst drei Jahre später tauchten auf dem Umwege über eine Hausangestellte Gerüchte auf, daß der Sohn die Mutter vergiftet habe. Der jetzt 26jährige Sohn wurde daraufhin erst jetzt von der Polizei plötzlich verhaftet und von der Mordinspektion vernommen. Er gab rückhaltslos zu, daß er die Leiden der Mutter abgekürzt und ihr zu einem schnellen Tode verholfen habe. Er hat sich übrigens trotz der guten Absichten, die ihn damals leiteten, in der Zwischenzeit schwere Gewissensbisse gemacht und hat vor einiger Zeit einen Selbstmordversuch unternommen, wurde aber gerettet. Er ist nach seiner Vernehmung durch die Kriminalpolizei wieder auf freien Fuß gesetzt worden, weil man nicht annimmt, daß Fluchtverdacht vorliegt.

Schneestürme und Unwetter überall

Am Ende der Woche wurde in England überall eine außerordentlich geringe Temperatur festgestellt, die zwischen —1 und —6 Grad schwankte. In großen Teilen des Landes, insbesondere in Mittelengland und im Süden herrschten schwere Schneestürme.

In Frankreich herrschten ungewöhnliche Witterungsverhältnisse mit Sturm und Regen. Aus vielen Gegenden des Landes laufen Nachrichten von Unwetterschäden ein. In Lorient wurde eine Fischerbarke von den Wellen auf eine Klippe geworfen. Der Besitzer des Schiffes und ein Matrose ertranken. Die beiden Leichen fand man einige Stunden später am Strand angespült. In der Vendée tobt seit acht Tagen ununterbrochen ein heftiger Südweststurm. Das Meer ist seither nicht zur Ruhe gekommen. Die Fischerboote in Sables d'Olonne können seit einigen Tagen nicht mehr auslaufen. In Cherta hat der Sturm, wie aus Blois gemeldet wird, ebenfalls großen Schaden angerichtet. Zahlreiche Bäume wurden entwurzelt. Der Regen fällt ununterbrochen in Strömen und verursacht Ueberschwemmungen.

Der starke Temperatursturz hat auch dem südlichen Schwarzwald bei heftigem Sturm Schneefall gebracht. Bis zu einer Höhe von 800 Meter herab ist eine geschlossene Schneedecke von fünf Zentimetern vorhanden. Bei sinkender Temperatur hält der Schneesturm auch heute noch an. An verschiedenen Orten haben die Fernsprechleitungen erheblich gelitten und sind teilweise sogar gestört.

Auch in zahlreichen Orten Schlesiens hat der Schneesturm große Verwüstungen angerichtet; Zugverspätungen und Straßenbahnstörungen waren gestern an der Tagesordnung.

Rattengift in der Ostertorte

Eine mysteriöse Vergiftungsaffäre durch eine Ostertorte, die der Reichenberger Schauspielerin Hilde Morton zugesandt wurde und nach deren Genuß die Garderobenfrau Flöge und deren Töchter verstarben, während Fräulein Morton und andere Mitglieder der Familie Flöge schwer erkrankten, hat ihre Aufklärung gefunden. Die Torte wurde nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" der Schauspielerin von ihren Eltern zugesandt. Das Arsenik ist durch eine verhängnisvolle Verwechslung bei der Herstellung der Torte in den Teig geraten.

Der IV. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale

Seine Beschlüsse und die revolutionäre Opposition in den deutschen Gewerkschaften

Von Paul Merker

Die Wirtschaftskämpfe der deutschen Arbeiter zeigen weiterhin eine steigende Tendenz. In Sachsen stehen rund 170 000 Metallarbeiter im Kampf, in Hamburg streiken die Metallarbeiter der Landbetriebe. In mehreren Orten traten die Buchdrucker trotz eines verbindlich erklärten Schiedsspruches in den Streik. In der Norddeutschen Werftindustrie gelang es den Reformisten nur mit großen Schwierigkeiten, den Ausbruch des Streikes zu verhindern. Im Bergbau des Ruhrgebiets schreitet die Mobilisierung der Arbeiter, deren Tarife am 30. April ablaufen, weiter fort. Die reformistische Führung des Bergarbeiterverbandes, die unter dem Druck der Bergarbeiter die Forderungen der revolutionären Opposition auf Erhöhung der Löhne, Beseitigung der Ueberschichten und Verkürzung der Arbeitszeit übernehmen mußte, ist bereits wieder daran, mit allen Mitteln den Ausbruch des Kampfes zur Durchführung der Forderungen zu verhindern.

Die Beschlüsse des 4. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale sind in dieser Situation besonders aktuell und von großer praktischer Bedeutung.

Im Mittelpunkt der Tagung standen die Fragen der Verschärfung des Kampfes gegen den Reformismus, der Strategie und Taktik in den Wirtschaftskämpfen der Arbeiter und der Kampf um die Einheit der Arbeitermassen auf dem Boden des Klassenkampfes und gegen die Spaltungsmaßnahmen der Reformisten. Diese drei Fragen sind untrennbar miteinander verbunden. Die Lösung der einen fördert die Lösung der anderen, sie stehen in ständiger Wechselwirkung zu einander.

Der Kongreß stellte fest, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition trotz zahlreicher und bedeutender Erfolge bei der Vorbereitung und Durchführung von Wirtschaftskämpfen noch nicht die notwendige Festigkeit und Klarheit gezeigt hat. Neben einer Anzahl Fehler in strategischer und taktischer Hinsicht sind es in erster Linie schwere organisatorische Mängel, die eine bessere Ausnutzung und Unterstützung der ökonomischen Kämpfe durch die Anhänger der RGI. in Deutschland hinderte.

In zahlreichen Fällen gelang es den Anhängern der RGI., die Initiative bei der Vorbereitung und Einleitung der Bewegung in der Hand zu behalten und für ihre Forderungen trotz der Sabotage der Reformisten die nötige Unterstützung unter den Arbeitermassen zu finden. Es gelang ihr wiederholt in weitgehendem Maße, die Arbeiter zur Aufnahme des Kampfes zu mobilisieren, so daß die Reformisten nur dadurch die Bewegung in der Hand behalten konnten, indem sie sich an ihre Spitze stellten und sie in „geordnete Bahnen" lenkten. Fast niemals konnten jedoch die Anhänger der RGI. verhindern, daß die Reformisten im Verein mit den staatlichen Schlichtungsorganen die Kämpfe abwürgten.

Darum ist das Kernproblem für die revolutionäre Opposition, durch eine richtige Politik und Taktik, durch eine vielfache Verstärkung ihrer organisatorischen Arbeit, durch Ueberwindung negativer und passiver Einstellungen unter den Anhängern der Opposion, die Vorbedingung für die Führung der ökonomischen Kämpfe der Arbeiter trotz der Sabotage der reformistischen Führer zu schaffen.

Die Grundlage dieser Arbeit ist der Kampf um die Einheit der Arbeitermassen auf dem Boden des Klassenkampfes und die Eroberung der Gewerkschaftsverbände. Der 4. Kongreß der RGI. verweist in seinen Beschlüssen eindringlich darauf, daß dieser Kampf in erster Linie unmittelbar in den Betrieben, nicht schematisch und abstrakt, sondern konkret in Verbindung mit allen für die Arbeiterbewegung aktuellen Ereignissen zu führen ist.

In Deutschland bestehen in dieser Hinsicht noch viele Mängel. Der Kampf um die Einheit der Arbeitermassen wurde unzulänglich geführt. Falsche Methoden zur Entlarvung der reformistischen Führer förderten den Einfluß derselben unter den Arbeitern, anstatt ihn zu zerbrechen. Teilweise äußerten sich Tendenzen „Einheit unter allen Umständen", auch unter vollkommenem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit unter den Massen. Die Bildung von Werbeausschüssen in den Betrieben zur Stärkung der Gewerkschaften und zur Vertiefung des Einflusses der Opposition unterblieb. Es wurde kein genügend energischer Kampf um die Bildung und Zusammensetzung von der Streikleitung bei ausbrechenden Kämpfen von der Opposition geführt. Der Einfluß der Opposition in dem betrieblichen Funktionärapparat der Gewerkschaften entwickelt sich nur langsam. Die Betriebsrätebewegung zeigte nicht die notwendige Aktivität. Die Einheitskomitees und Einheitsgruppen stehen in fast keinem Kontakt mit den Bewegungen der Arbeiter und mit dem Kampf der revolutionären Opposition in den reformistischen Verbänden. Sie entwickelten sich vielfach zu politischen Diskussionszirkeln, ohne sich durch aktive Handlungen an dem Kampf gegen den Reformismus zu beteiligen. In allen diesen Fragen muß ein entschiedener Wandel geschaffen werden. Die zentrale Aufgabe der Anhänger der RGI. in Deutschland ist, ihr Fundament in den Betrieben zu verstärken und zu verbreitern und durch die Verbindung der agitatorischen Arbeit der Opposition mit einem solchen ständigen Kampf um die Einheit der Arbeiter, die die Organisierung und Führung von Streikkämpfen durch die Opposition ermöglicht, durch die Herbeiführung von Beziehungen zu den verschiedenen Schichten und Gruppen der Arbeiter in den Betrieben, durch eine ständige alltägliche praktische gewerkschaftliche Kleinarbeit, durch eine eiserne Disziplin in ihren eigenen Reihen, wird sie das erreichen.

Gestützt auf eine solche Tätigkeit wird die revolutionäre Opposition auch ihren Einfluß in den örtlichen und bezirklichen Organisationen der Gewerkschaftsverbände durch den fraktionellen Kampf steigern können.

Der Kongreß betonte sehr richtig, daß die Tätigkeit der leitenden Organe der Anhänger der RGI. viel mehr als bisher auf die Entwicklung und Förderung der Initiative von unten gerichtet werden muß. Die Opposition kann größere Erfolge nur dann erzielen, wenn alle ihre Teile in jeder Situation bestehen, aktiv und aus eigenem Entschluß in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der RGI. auf den Plan zu treten und den Arbeitern führend voranschreiten. Die Führung der Opposition im Reich und auch in den Bezirken kann die Arbeit nur dann wirklich leiten, wenn sie in lebendigster Verbindung mit den oppositionellen Gruppen und den einzelnen Organisationen und Betrieben steht und so in die Lage versetzt wird, die täglichen Erfahrungen der praktischen Arbeit auszunützen und zu verallgemeinern.

Den heftigsten Kampf hat der Kongreß der revolutionären Phrase, die vielfach an Stelle einer wirklich ernsten revolutionären Arbeit steht, angesagt. Auch hier gilt es für die revolutionäre Opposition in Deutschland, die notwendigen Lehren zu ziehen. Das von dem Kongreß beschlossene Aktionsprogramm enthält die Losungen und Forderungen ökonomischer Natur, die bei richtiger Verwendung geeignet sind, die Arbeiter zu mobilisieren. Der Kongreß hat sich einmütig gegen die Versuche der Anhänger des Genossen

Brandler gewandt, in den Mittelpunkt der Agitation und Propaganda die Losung der Kontrolle der kapitalistischen Trusts oder Arbeiterkontrolle der Produktion zu stellen. Gegenüber der verwirrenden reformistischen Propaganda von der Wirtschaftsdemokratie müssen die Anhänger der RGJ. klar und eindeutig die Notwendigkeit der Organisierung des rücksichtslosesten Kampfes zur Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, gegen den Raub des Streikrechts durch die staatlichen Schlichtungsorgane usw. propagieren und zur Führung des Kampfes die notwendigen organisatorischen Vorbereitungen treffen. Die Losung „Kontrolle der kapitalistischen Trusts" und „Arbeiterkontrolle der Produktion" lenkt von den aktuellen Problemen des Kampfes der Arbeiter ab und ist heute ungeeignet zur Mobilisierung der Massen. Sie ist in der Form, wie sie von Brandler aufgestellt wird, opportunistisch, denn sie kommt den wirtschaftsdemokratischen Theorien der Reformisten entgegen, anstatt sie zu bekämpfen.

Richtig ist die scharfe Kritik des 4. Kongresses an dem unzulänglichen Kampf, den die Anhänger der RGJ. gegen die Beseitigung der Demokratie in den Gewerkschaftsverbänden und gegen die Spaltungs- und Ausschlußmaßnahmen der Reformisten führen. Die Entwicklung der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung in den deutschen Gewerkschaften wird in entscheidendem Maße davon abhängen, inwieweit es gelingt, in dieser Hinsicht einen grundlegenden Wandel zu schaffen. Es darf gegenüber dem verschärften Kampf der Reformisten gegen die revolutionäre Opposition, der eine Folge ihrer engen Bindung an den kapitalistischen Staat und an die nationale kapitalistische Wirtschaft ist, kein Ausweichen geben. Der Verzicht auf diesen Kampf ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit unter den Massen. Die Spaltungs- und Ausschlußmaßnahmen der Reformisten müssen die Anhänger der RGJ. mit einer breiten systematischen Massenkampagne beantworten. Dazu sind in erster Linie die Kämpfe der Arbeiter um Besserung ihrer Lebenslage, die einzelnen Fälle von Ausschlüssen von revolutionären Arbeitern und Spaltung oppositioneller Gewerkschaftsorganisationen auszunützen. Rücksichtslos ist die Einstellung zu bekämpfen, daß durch einen wirksamen Kampf gegen die Spaltungsmaßnahmen der Reformisten die Opposition selbst die Spaltung fördere. Die Opposition kämpft mit aller Entschiedenheit für die Einheit der Verbände auf dem Boden des Klassenkampfes. Sie ist gegen die Gründung neuer Verbände, denn das würde zur Isolierung des fortgeschrittensten Teiles der Arbeiterklasse von den Millionen, die in den reformistischen Gewerkschaften organisiert sind, führen. Sie wird jedoch nicht zulassen, daß die reformistischen Verräter die Kampfkraft der Arbeitermassen systematisch durch Ausschluß von Revolutionären aus den Verbänden vermindern, sie wird gegen diese verbrecherischen Maßnahmen unter Verwendung aller geeigneten Mittel, gestützt auf die großen Massen der Verbandsmitglieder, den allerschärfsten Kampf führen.

In der gesamten Tätigkeit der revolutionären Opposition in den freien Gewerkschaften muß in Zukunft viel mehr als bisher ihre engste ideologische Verbindung mit der RGJ. zum Ausdruck kommen. Die RGJ. ist die einzigste revolutionäre Gewerkschaftsorganisation im internationalen Maßstabe, der gefährlichste Gegner der reformistischen Amsterdamer Internationale. Die Zahl der Arbeiter, die in der RGJ. ihre Führerin im revolutionären Gewerkschaftskampf sehen und unter ihrer Flagge auch als Minderheit in den reformistischen Gewerkschaften marschieren, muß um das Vielfache wachsen. Angesichts der reformistischen imperialistischen Entwicklung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft und der wachsenden Kriegsgefahr ist das die Vorbedingung zum siegreichen Kampf der Arbeiterklasse.

Gegen Zerschlagung des Bergarbeiterverbandes

Belegschaft der Heinitzgrube fordert von der BAV.-Bezirksleitung Rechenschaft

Arbeitsruhe und Einheitsdemonstration am 1. Mai — 1.50 Mark Lohnzulage pro Kopf und Schicht gefordert

Wir berichteten, daß die reformistische Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes Oberschlesien die freigewerkschaftliche Belegschaft der Heinitzgrube in Beuthen bewußtgespalten hat, indem sie zur Betriebsratswahl der von der freigewerkschaftlichen Mitgliedschaft aufgestellten Liste eine eigene Liste entgegengestellt hat. Die Antwort der Belegschaft war: 348 Stimmen für Liste Kossahl, 1699 Stimmen für die Liste der Belegschaft. Zu der gleichen Zeit leitete die Bezirksleitung ein Ausschlußverfahren gegen die Kommunisten Kempinski und Schweda ein. Ebenso geschlossen wie die Abfuhr bei der Betriebsratswahl war, protestierte die Belegschaft gegen das Ausschlußverfahren. Dazu erhalten wir folgenden Bericht von unserem Betriebsberichterstatter:

Trotz Sabotage durch die sozialdemokratischen Funktionäre fand am Sonntag, dem 15. April, 10 Uhr früh, im Zechenhause die Belegschaftsversammlung der Heinitzgrube statt. Die Belegschaft erkannte den Ernst der Situation und erschien restlos, mit Ausnahme der treuesten Anhänger der Sozialdemokratie. Nach der Besprechung verschiedener Betriebsangelegenheiten wurde Stellung zum 1. Mai genommen und einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die Belegschaft der Heinitzgrube nahm Stellung zum 1. Mai und faßt den Beschluß, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Der Betriebsrat wird beauftragt, die Belegschaft für diesen Tag zu entschuldigen, damit er nicht als Bummelschicht angesehen wird. Die Belegschaft tritt an der Grube zur Demonstration an: für die Siebenstundenschicht unter Tage, Achtstundentag über Tage und für menschenwürdige Löhne."

Alle Kameraden wurden aufgefordert, sich restlos dem Demonstrationszug anzugliedern. Keiner darf neben dem Zuge herlaufen. Wer mit den heutigen Zuständen zufrieden ist, bleibe lieber zu Hause.

Anschließend wurde Stellung zu dem Ausschluß der Kollegen Kempinski und Schweda aus dem Bergarbeiterverband genommen und einstimmig beschlossen, folgendes Schreiben an die Bezirksleitung des BAV. in Gleiwitz zu senden:

„Die Belegschaft der Heinitzgrube beantragt, daß die ausgeschlossenen Kameraden Kempinski und Schweda in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands wieder aufgenommen werden. Zwecks Klärung dieser Angelegenheit soll die Bezirksleitung binnen 14 Tagen im Volkshaus eine Mitgliederversammlung einberufen, zu welcher der Bezirksleiter Kossahl, der Verbandsangestellte Arzimil und die Kameraden Kempinski und Schweda Richard zu laden sind."

Die Mitteilung, daß die sozialdemokratischen Betriebsräte Dutta und Blaszyk die Bekanntmachung für die Versammlung abgerissen haben, löste die heftigste Empörung aus. Die Empörung steigerte sich, als die Belegschaft erfuhr, daß einige Betriebsratsmitglieder, die auf der Liste Kempinski gewählt wurden, sich mit ihren angeblichen Gegnern zusammengefunden haben, um Kempinski bei der Ausschußwahl zu erledigen. Wie „ernst" die von Kossahl verhetzten sozialdemokratischen Funktionäre die Interessen der Arbeiter vertreten, kann aus folgendem Schreiben entnommen werden, das unter dem 16. April an die BAV.-Bezirksleitung gerichtet wurde (Wir sind gespannt, ob der Sozialdemokrat Kossahl gegen seine Parteigenossen ebenso flink wie bei Kempinski und Schweda mit dem Ausschlußverfahren bei der Hand sein wird):

„Das Betriebsratsmitglied Peter Blaszyk (SPD.), welcher zugleich die Funktion als Beisitzer am Arbeitsgericht inne hat, äußerte vor drei Zeugen, daß er niemals Kommunisten vor dem Arbeitsgericht vertreten wird. Wir ersuchen diese Angelegenheit zu regeln, widrigenfalls wir Schritte laut gesetzlichen Bestimmungen gegen Blaszyk unternehmen müssen. Desgleichen äußerte sich Betriebsratsmitglied Dutta (SPD.), falls er für diese Wahlperiode nicht freigestellt wird, er der größte Kapitalistknecht wird und die einkassierten Verbandsgelder verjuxt."

(Ueber die zu Sabotagezwecken vom sozialdemokratischen Zahlstellenleiter einberufene Bergarbeiterversammlung berichten wir an anderer Stelle.)

Wir begrüßen die Beschlüsse der Heinitzbelegschaft. Sie sind ein Zeichen, daß die oberschlesischen Bergarbeiter es endlich satt haben, sich von Kossahl und seinen Parteifreunden an der Nase herumführen zu lassen. Einstimmiger Protest gegen den Ausschluß oppositioneller Kameraden! Bravo, das ist das wirksamste Mittel gegen die Spaltungsversuche der Reformisten. Alle Zahlstellen und Belegschaften des oberschlesischen Bergbaues müssen von der Bezirksleitung ebenfalls die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen fordern. Einstimmiger Beschluß auf Arbeitsruhe und einheitliche Demonstration am 1. Mai! Bravo, alle anderen Belegschaften müssen dem leuchtenden Beispiel folgen! Einstimmiger Beschluß, im kommenden Lohnkampf 1,50 Mark pro Mann und Schicht als Mindestforderung anzusehen! Ein Beschluß, den alle oberschlesischen Bergarbeiter sich zu eigen machen müssen. Kossahl und seine Freunde haben im Arbeitszeitkonflikt einem Schiedsspruch zugestimmt, der keinerlei Verbesserungen brachte. Wird die Haltung der Reformisten im Lohnkonflikt etwa eine andere sein? Darauf zu hoffen, wäre töricht. Schon jetzt müssen die oberschlesischen Bergarbeiter alle Maßnahmen treffen, um nötigenfalls auch gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsführer den Kampf um 1,50 Mark pro Mann und Schicht Zulage aufzunehmen und erfolgreich beenden zu können!

Um Siebenstundenschicht und 1.50 Mk. Lohnzulage im Ruhrbergbau

u.— Vor einigen Wochen erklärte der Generaldirektor Wiskott, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unter Tage undiskutabel sei. Der Angestellte des Bergarbeiterverbandes Raale erklärte einige Zeit später: „Die Arbeitszeitforderung haben wir mit blutigem Herzen in die Entschließung der Ruhrrevierkonferenz aufgenommen."

Zwischen den Auffassungen von Wiskott und Raale besteht völlige Uebereinstimmung in der Verhinderung der Siebenstundenschicht. In demselben Sinne hat der Schlichter der Bürgerblockregierung einen Schiedsspruch gefällt, der eine Verhöhnung der Bergarbeiter bedeutet. Entsprechend den Befehlen der Kohlenbarone soll die Arbeitszeit unter Tage nicht eine Minute verkürzt werden. Trotz ungeheurer Leistungssteigerung, trotz mörderischer Rationalisierungsmethoden, trotz Steigerung der Unfallgefahr sollen die Bergarbeiter auch künftig 8 Stunden unter Tage schuften.

Dieselbe Sozialdemokratie, die im Jahre 1923 für die Ueberarbeitszeit im Bergbau eingetreten ist, hilft auch jetzt den Kohlenbaronen bei der Verhinderung der Siebenstundenschicht. Ein Sozialdemokrat hat diesen Schandschiedsspruch gefällt. Sozialdemokratische Gewerkschaftsführer sind es, die erklären, daß die Zusammenarbeit mit den Vertretern des Trustkapitals in einer Koalitionsregierung notwendig sei. Durch Sabotage des Kampfes der Bergarbeiter für die Siebenstundenschicht wollen sie schon jetzt vor den Wahlen ihre Koalitionsfähigkeit beweisen. Die Frage der Siebenstundenschicht soll in einer Untersuchungskommission behandelt werden, es soll also ein „wissenschaftliches" Begräbnis der Siebenstundenforderung im Dunkel einer Untersuchungskommission erfolgen.

Der Schiedsspruch bringt lediglich für eine kleine Gruppe Arbeiter über Tage die Achtstundenschicht. Zumeist betrifft das solche Arbeiter, die schon jetzt nicht länger als acht Stunden arbeiten (Anschläger, Aufschieber und Abnehmer). Außerdem soll die Arbeitszeit in durchgehenden Tagesbetrieben mit Arbeitsbereitschaft ab 1. Mai neuneinhalbe Stunde bei elfstündiger Schichtzeit betragen.

Die Löhne sollen nach dem Schiedsspruch um acht Prozent erhöht werden. Eine solche prozentuale Lohnerhöhung bedeutet, daß die niedrig bezahlten Arbeiter eine geringere Lohnzulage bekommen, als die höher bezahlten. Damit wollen die Unternehmer die Differenzierung zwischen den Arbeitern fördern, damit sie leichter einen Teil der Bergarbeiter gegen den anderen ausspielen können. Die Unternehmer haben seit Wochen die Lohnerhöhung vorbereitet, indem sie planmäßig das Gedinge herabdrückten. Es kommt hinzu, daß die acht Prozent Zuschlag nicht auf den bestehenden Lohn gezahlt werden, sondern auf die alten Tarifsätze. Auf dem Papier ist also eine Lohnerhöhung bewilligt, aber in der Lohntüte wird davon nicht viel zu sehen sein.

Am 15. April nahm die Revierkonferenz des Bergarbeiterverbandes zum Arbeitszeit-Schiedsspruch und zum Lohnschiedsspruch Stellung. Einmütig wurden die Schiedssprüche abgelehnt. Die Opposition forderte, daß nach Ablehnung des Schiedsspruches der Streik zum 1. Mai organisiert wird. Eine Ablehnung des Schiedsspruches ohne gleichzeitige Beschlußfassung über die Vorbereitung des Streiks ist nichts anderes als eine Komödie, denn kein Mensch glaubt, daß der Schlichter oder der christliche Arbeitsminister Brauns den Bergarbeitern die Siebenstundenschicht zur Feier des 1. Mai schenkt. Die sozialdemokratischen Führer des Bergarbeiterverbandes haben es abgelehnt, irgendeine konkrete Maßnahme zur Vorbereitung des Kampfes vorzuschlagen, sie glauben, daß durch den Kuhhandel am grünen Tisch noch ein paar Scheinkonzessionen herausgeholt werden könnten. Dieser vollständige Verzicht auf den Kampf, die offene Kapitulation vor dem Diktat der Bürgerblockregierung bedeutet eine direkte Ermunterung für die Kohlenbarone zur Ablehnung der Bergarbeiterforderungen. Diese Niederlagenstrategie wird in einer Situation angewandt, wo die Unternehmer im Interesse des Wahlgeschäfts mit allen Mitteln einen Streik verhindern wollen. Ein Bergarbeiterkampf würde den Wahlschwindel der bürgerlichen Parteien, insbesondere des Zentrums stören. Die Ablehnung des Kampfes durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer beweist, wie wenig sich ihre Politik unterscheidet von der Politik der christlichen Gewerkschaftsführer. Verzicht auf die Durchsetzung der Siebenstundenschicht am 1. Mai, das bedeutet Unterordnung der Arbeiterinteressen unter das kapitalistische Wirtschaftsinteresse, das heißt Preisgabe der berechtigten Bergarbeiterforderungen im Interesse der Herbeiführung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik.

Arbeitersport

Breslauer Faustballserienspiele am 22. April.

Platz: Eichenpark. Die 1. und 7. Männerabteilung bauen je zwei Felder. Jede Mannschaft stellt einen Anschreiber nebst Formular, sowie einen spielfähigen Ball. Schiedsrichter müssen von den am Schluß der Tabelle genannten Abteilungen gestellt werden, andernfalls Punkteverlust. Pässe müssen bis 19. April (letzter Termin) bei Bg. P. Gniesa, Berliner Str. 88, eingereicht sein; ohne gültigen Paß keine Spielberechtigung.

Männer A-Klasse.

(Die Reihenfolge bedeutet Zeit, Mannschaften u. Schiedsrichterstellung.)

9,00 Uhr: 1. Abt. — 3. Abt.; — 5. Abt.
9,00 Uhr: 4. Abt. — 5. Abt.; — 1. Abt.
9,00 Uhr: 9. Abt. — West; — 7. Abt.
10,30 Uhr: 1. Abt. — 5. Abt.; — 4. Abt.
10,30 Uhr: 4. Abt. — 9. Abt.; — 5. Abt.
10,30 Uhr: 3. Abt. — West; — 1. Abt.

Männer B-Klasse.

9,45 Uhr: 1. Abt. II — 4. Abt. II; — 3. Abt.
9,45 Uhr: 5. Abt. II — West II; — 4. Abt.
9,45 Uhr: 5. Alter — 7. Abt. Alter; — West.
11,15 Uhr: 1. Abt. II — 5. Abt. II; — West.
11,15 Uhr: 4. Abt. II — 7. Abt. Alter; — 9. Abt.
11,15 Uhr: West II — 7. Abt. II, Alter; — 5. Abt.

Jugend.

9,00 Uhr: 1. Abt. — 3. Abt.; — 4. Abt.
9,45 Uhr: 5. Abt. — 9. Abt.; — 1. Abt.
10,30 Uhr: 3. Abt. — 5. Abt.; — West.
11,15 Uhr: 1. Abt. — 9. Abt. — 3. Abt.

Turnerinnen.

Platz: Heidenhainwiese an der Technischen Hochschule. 1. Turnerinnenabteilung baut drei Felder. Schiedsrichter werden hier auf dem Platz eingeteilt.

2,30 Uhr: 1. Abt. I — 2. Abt. I.
2,30 Uhr: 1. Abt. II — 4. Abt. II.
2,30 Uhr: 1. Abt. Jgd. I — 1. Abt. Jgd. II.
3,15 Uhr: 1. Abt. I — 4. Abt. I.
3,15 Uhr: 2. Abt. II — 4. Abt. III.
3,15 Uhr: 1. Abt. Jgd. I — 4. Abt. II.
4,00 Uhr: 2. Abt. I — 4. Abt. I.
4,00 Uhr: 1. Abt. II — 4. Abt. III.
4,00 Uhr: 1. Abt. Jgd. II — 2. Abt. II.

Trommelball.

5 Uhr: 1. Abt. I — 4. Abt. I.
5 Uhr: 1. Abt. II — 1. Abt. Jgd. I.

Nächster Spieltag: 29. April.

Breslauer Vereine des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Am Donnerstag, 20 Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses Versammlung der Bundesmitglieder statt. Tagesordnung: „Stellungnahme zum Bundestage." Bundes-Mitgliedsbuch als Ausweis zur Türkontrolle mitbringen.

Freie Sportfreunde. Freitag, 20 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Sämtliche Jugendangelegenheiten sind an den Jugendleiter Max Hüllenhagen, Breslau 6, Anderssenstraße 34, zu richten.

Königszelt. Im dritten Serienspiel standen sich am letzten Sonntag FT. Königszelt I und FT. Bolkenhain I gegenüber. Königszelt konnte auch diesmal wieder mit 6:2 zwei Punkte buchen. Sonntag weilt Königszelt zum fälligen Serienspiel in Striegau. Auf den Ausgang dieses Spieles ist man äußerst gespannt. Königszelt tritt in stärkster Aufstellung an, und wird sein möglichstes tun, um auch dieses Spiel zu gewinnen. Als weitere Resultate der ersten Gruppe sind bekannt: Stannowitz I — Saarau I 2:2. Striegau I gegen Konradswaldau I 2:2.

Freiburg. Arbeiter-Wassersportverein. Nachdem es der Leitung des Vereins gelungen ist, eine Handballmannschaft zu gründen, kann jetzt schon festgestellt werden, daß die betreffenden Genossen alles daran setzen, auch auf diesem Gebiete Fortschritte zu machen. Als Beweis kann wohl das am Sonntag in Waldenburg gegen die zweite Mannschaft des Turnvereins Hermsdorf ausgetragene Serienspiel, das 2:0 für Freiburg endete, angesprochen werden. Am kommenden Sonntag sieht die Mannschaft die zweite der „Freien Schwimmer" Waldenburg-Altwasser als Gegner auf dem Platze (voraussichtlich auch in Waldenburg). Da mit weiteren Meldungen zu rechnen ist, wird die technische Leitung in kurzer Zeit noch eine zweite Mannschaft zusammenstellen. Alles Nähere in der nächsten Versammlung am Mittwoch, im „Kronprinzen". Da noch andere wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen — Himmelfahrtswanderung, Kreisjugendtreffen, Rast, Maifeier usw.) wird mit vollzähligem Erscheinen der Mitglieder gerechnet.

Nieder-Salzbrunn. Spielbericht. Am vergangenen Sonntag spielte Eiche 1. Jgd. gegen Weißstein 1. Jgd. 5:2 für Eiche. Eiche 1. Jgd. hat bis jetzt jedes Serienspiel gewonnen und hat also gute Aussichten. In dem Serienspiel der beiden ersten Mannschaften Eiche I — VfR. Freiburg I siegte Eiche mit 4:2. — Spiele für kommenden Sonntag in Nieder-Salzbrunn: Um 14 Uhr treffen sich Eiche 1. Jgd. — Sportfreunde-Waldenburg 1. Jgd. Um 15,15 Uhr die beiden ersten Mannschaften der genannten Vereine. Auf diese beiden Spiele dürfte man gespannt sein. Schiedsrichter zu den beiden Spielen stellt Landeshut.

Berichtigung. In unserem Sitzungsbericht des 13. Kreistages in Hirschberg hatte sich ein Druckfehler eingeschlichen. Der angenommene Antrag des Genossen Friedrich forderte nicht politische und gewerkschaftliche Organisierung aller über 14 Jahre alten Bundesmitglieder, sondern politische oder gewerkschaftliche Organisierung der über 18 Jahre alten.

Morgen Massen heraus!

Unser Spitzenkandidat

Hugo Eberlein

spricht um 20 Uhr in Bräuers Festsälen, Gabitzstraße. Keiner fehle!

Breslau

Großpapa kommt doch!

In der letzten Zeit beherrschte eine bange Frage die bürgerliche Presse: Kommt Hindenburg dieses Jahr nach Schlesien oder nicht? Sie ist nun geklärt worden. Er wird kommen! Und zwar zuerst in die Gegend von Lauban, wo er sich ansehen will, wie bei den Herbstmanövern der Reichswehr die Steuergroschen der Proletarier verpulvert werden; dann gehts weiter nach Breslau und schließlich auch nach Oppeln. Die hiesigen Hindenburg-Verehrer tun also gut, sich mit dem Wachsen zu beeilen, damit sie zum Herbst in der Lage sind, auf eigenen Beinchen zum Hindenburg-Empfang zu laufen und auf den Transport durch den Kinderwagen verzichten können.

Seine Majestät der Kriminalbeamte

Wie wir seinerzeit berichtet haben, wurde Genosse Kahlert im Februar dieses Jahres von der Anklage der Beamtenbeleidigung und Nötigung freigesprochen. Nicht einmal das Schöffengericht konnte in dem „Tatbestand", daß Genosse Kahlert anläßlich einer Demonstration auf dem Neumarkt Kriminalbeamte, die unnütz im Wege standen, ebenso höflich wie dringend ersucht hatte, den Dienst der Ordnung nicht unnötig zu erschweren, keine strafbaren Handlungen erblicken. Im Interesse der kapitalistischen Staatsautorität und der Heiligkeit seiner Majestät des Kriminalschutzmanns legte der Staatsanwalt auf höhere Anweisung Berufung ein, und nun stand unser Genosse abermals vor Gericht. Eine Anzahl Beamte waren als Belastungszeugen erschienen, hoben die Schwurfinger und legten dem Genossen Kahlert folgendes schröckliche Verbrechen zur Last, er habe wörtlich erklärt: „Meine Herren, wenn Sie auch Kriminalbeamte sind, so brauchen Sie uns den Ordnerdienst nicht zu erschweren." Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß solche Worte nicht nur geeignet sind, die Autorität des Kriminalschutzmannes, sondern auch die Fundamente des preußischen Staates zu untergraben, zumal der Rote Frontkämpferbund sich „oft Polizeigewalt anmaße, und es sogar fertig bringe, Straßenbahnen bei seinen Demonstrationen anzuhalten." Die Straße aber diene, wie es schon der kappistische Staatspensionär Jagow in klassischer Weise formuliert habe, „lediglich dem Verkehr." Er beantragte 150 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte antragsgemäß. Genosse Kahlert, der die Beamten in ihrem eigenen Interesse gewarnt hatte, soll sich also 150 Mark abdarben, oder 15 Tage brummen gehen. Wieder einmal ein Urteil, das zeigt, daß sich die Bewertung des Schutzmanns seit der wilhelminischen Zeit nicht im geringsten geändert hat. Und daß der preußische Staat, in dem die Sozialdemokraten ausschlaggebenden Einfluß haben, nichts anderes ist, als die schwarzrotgelbe Ausgabe des wilhelminischen Polizei- und Klassenstaates..

Zwei nachahmenswerte Beispiele

Die Ortsgruppe Schwoitsch des Roten Frontkämpferbundes stiftete den Ueberschuß ihrer letzten Ortsgruppenveranstaltung in Höhe von fünf Mark für den Wahlfonds der KPD. Gleichzeitig sammelten die Kameraden auf einer Liste zwei Mark und führten weiterhin den Ueberschuß von 50 von ihnen verkauften Zeitungen für den Wahlfonds ab. — Die Ortsgruppe Haasenau des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität überwies dem Wahlfonds der KPD. 10 Mark. Diese beiden Beispiele müßten allen Genossen, Kameraden und mit der KPD. sympathisierenden Arbeitern Veranlassung geben, auch ihrerseits alles zu tun, um der Kommunistischen Partei in dem schweren Wahlkampfe beizustehen.

Aus der Graupe entflohen

Eine abenteuerliche Flucht unternahm in der Nacht vom Sonntag zum Montag der zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilte 34jährige Boxer Gerhard Greiser aus dem Untersuchungsgefängnis. G. war von Ludwigsburg zu einer Gerichtsverhandlung nach Breslau übergeführt worden; da man ihn kannte, brachte man ihn einer Zelle unter, die sich im vierten Stock des Gefängnisgebäudes befand. Von hier aus schien ein Entweichen ausgeschlossen. Trotzdem hat Greiser das tollkühne Unternehmen gewagt. Durch die Gitteröffnung, die er mit irgendwelchen Hilfsmitteln erweiterte, wand er sich durch, gelangte so ins Freie, dürfte an dem schmalen Sims unter Lebensgefahr entlang geklettert sein und sich dann an einem Blitzableiter nach der Straße herabgelassen haben. Die Polizei nimmt an, daß er Helfershelfer hatte, die ihn bei der Flucht, über deren Einzelheiten vorläufig nur Vermutungen bestehen, unterstützten.

Vom Barbé-Prozeß

Der größte Teil der Verhandlung am gestrigen Dienstag war mit der Vernehmung des Angeklagten ausgefüllt. Von ihm wurde die Ladung einer Reihe von Entlastungszeugen beantragt. Heute, Mittwoch, soll keine Verhandlung stattfinden. Neue Momente hat der Prozeß bisher nicht gebracht.

Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes

Gestern abend fand im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung der Verwaltung Breslau des Metallarbeiterverbandes statt. Sie stand vom Anfang bis Ende im Zeichen unverhülltester Wahlpropaganda für die SPD. Ziegler tat alles, um zu beweisen, daß er Vorsitzender der hiesigen SPD. ist und forderte immer wieder die nichtsozialdemokratischen Kollegen heraus. In der Diskussion sprachen die Genossen Gläser und Hausen, die den Beifall eines großen Teiles der Versammlung fanden. Die von ihnen vertretenen Anträge auf gemeinsame Feier des 1. Mai und gegen die Schreibweise des Mitteilungsblattes der hiesigen Ortsverwaltung des DMV. wurden gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Wir kommen auf die Versammlung noch zurück.

Zugverspätungen durch Schneeverwehungen

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Durch den am 17. April gegen 4 Uhr einsetzenden starken Schneefall und -sturm wurden die elektrisch betriebenen Weichen des Bahnhofs Breslau Hbf. vielfach ungangbar. Es war trotz Einsatzes zahlreicher Hilfskräfte zur Weichenreinigung nicht möglich, den Betrieb ohne Störung aufrecht zu erhalten. Die in den Stunden 6 bis 7 zahlreichen Personen- und Schnellzüge erlitten Verspätungen bis zu 157 Minuten. Im übrigen Bezirk traten nur in den Gebirgsgegenden Schwierigkeiten auf. Von Unterwegsbahnhöfen sind viele Vorzüge im Plan der Hauptzüge eingelegt worden, um den Bezirksverkehr und dem Anschluß nach den Nachbarbezirken gerecht zu werden. Der Verkehr nach Berlin war wenig gehindert; in der Gegenrichtung fuhr nur D 41 mit 82 Minuten Verspätung in Breslau Hbf. ein.

Die Lügenkampagne beginnt!

Ein Streifzug durch die „Volkswacht"

Breslau, 18. April.

Die „Volkswacht", angebliches Organ der werktätigen Bevölkerung, gefällt sich seit einigen Tagen in besonders dummen Lügen über die Kommunisten. Dies würde uns keinesfalls Veranlassung geben, Raum zu ihrer Zurückweisung zu verwenden, wenn wir nicht wüßten, daß im Hinblick auf die kommenden Wahlen diese Lügen erst der Anfang der „Kampagne" sind, die von sozialdemokratischer Seite gegen die Kommunisten geführt werden soll. Nur um von vornherein die Unverschämtheit und Lügenhaftigkeit der Angriffe der Noskebrüder festzunageln, wollen wir auf einige von ihnen eingehen.

Eine seit Beginn des Wahlkampfes sich täglich wiederholende Schmiererei des Bezirksvorstandes der SPD. behauptet, daß „Kapitalisten und Bolschewisten riesige Geldmittel zur Verfügung stehen. Nur die Sozialdemokratische Partei hätte diese nicht. Sie sei auf die Groschen der Arbeiter angewiesen." In diesem Tone geht es weiter. Der Zweck des Ergusses soll sein, die Kommunisten in den Augen der Arbeiter herabzusetzen, so zu tun, als ob sie ihre Arbeit im Auftrage anderer Gruppen leisten.

Jeder Arbeiter weiß, wie diese echt sozialdemokratische Gemeinheit zu bewerten ist. Ausgerechnet die Partei, deren Wahlkassen mit Barmat-Geld und mit der 250 000 Mark-„Entschädigung", die ihnen Erdmann für eine „Wahlparole gegen Links" besorgte, gefüllt sind, die sich die Bekämpfung der Kommunisten die ganzen Jahre hindurch vom reaktionären „Heimatdienst" bezahlen ließ, wagt es, der KPD. Dinge zu unterschieben, von deren Unrichtigkeit diese Lügner selbst überzeugt sind. Man darf mit Recht fragen, mit wieviel die verschiedenen offiziellen und inoffiziellen Stellen, jene Kreise, die den Barmats, Erdmanns und dem „Heimatdienst" nahestehen, jede einzelne der sozialdemokratischen Wahllügen honorieren? Nicht wahr, Ihr Herren Mache, Herrmann und Konsorten, das ist ein einträgliches Geschäft?

Das gestrige Flurstraßenblatt setzt seine Schwindeleien über die Kommunisten fort. Zur Abwechslung spielt sich der dortige Chor ehemaliger „Hurra"- und „Gott-strafe-England"-Schreier und gegenwärtiger Gottsucher als Propheten auf. In einer (übrigens recht blöde) erfundenen Schreibselei wird der staunenden Umwelt mitgeteilt, daß die Kommunisten im Wahlbezirk Breslau am Wahltage Plakate herumtragen werden, auf denen in einer Karikatur Paul Löbe mit der Königin von Afghanistan dargestellt werden soll. Es ist wohl unnötig zu betonen, daß auch diese Behauptung glatt aus den Fingern gesogen ist. Die Unteroffiziere Albert Kranolds wollen eben gern einmal so tun, als ob sie „informiert" wären und als ob sie etwas wüßten.

Wenn man von dem Höchstmaß an Gemeinheit absieht, sind die sozialdemokratischen Wahlparolen mit keiner anderen Eigenschaft übermäßig bedacht. Sie sind weder neu noch originell und sind so dumm erfunden, daß sie kaum von den eigenen Lesern ernst genommen werden. Aus diesem Grunde genügt wohl deren einmalige Kennzeichnung. Wir bitten unsere Leser, überall, wo doch diese Latrinenparolen weiterverbreitet werden sollten, dieselben gebührend zurückzuweisen.

Heute öffentl. Wahlversammlung des Stadtteils Zentrum

Mittwoch 20 Uhr im „Gelben Löwen", Oderstraße. „Die Wahl am 20. Mai und die KPD." Darüber spricht Parteisekretär Hausen.

Elternbeiratswahlen erst am 24. Juni

Die Breslauer Regierung hat den im Regierungsbezirk für den 13. Mai angesetzten Termin für die diesjährigen Elternbeiratswahlen auf Sonntag, den 24. Juni d. J., verlegt.

Schwer verunglückt. Der Schriftsteller Rudolf Stache ist Dienstag nachmittag auf der Chaussee Hundsfeld—Breslau schwer verunglückt. Ein Personenauto streifte den auf einem Fahrrade entgegenkommenden St. mit dem Kotflügel. Dieser flog vor die Hinterräder des Wagens, die ihm über den Brustkorb fuhren. An dem Aufkommen des Verunglückten zweifelt man.

Selbstmordversuch. Am Montagabend sprang ein Schweitzerstr. 6 wohnhafter Kutscher aus Verzweiflung über längere Krankheit von der Dombrücke in die Oder. Der vorbeigehende Bäckergeselle Reitzak „rettete" ihn.

Seine Frau gestochen. Montag abend wurde der Klempner Wilhelm G., wohnhaft Westendstraße 33, von einem Tobsuchtsanfall befallen, wobei er seine Frau mit einem Messer stach und auch seine Kinder bedrohte. Nachbarn benachrichtigten einen Arzt, dem es gelang, den Mann zu beruhigen und seine Ueberführung in die Nervenheilanstalt zu veranlassen.

Wohnungsentseuchung bei Tuberkulose. Nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose vom 4. August 1923 ist zur Durchführung einer gründlichen Wohnungsentseuchung beim Wohnungswechsel von Lungen- und Kehlkopftuberkulosekranken durch den Haushaltungsvorstand der für die alte Wohnung zuständigen Meldestelle (Lungenfürsorgestelle) mündlich oder schriftlich Mitteilung zu machen.

Achtung, Kriegsopfer! Vom „Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit wird uns geschrieben: Unsere Sprechstunden finden von jetzt ab nur noch im Lokal Klemd, Messergasse 10, statt: Montag und Donnerstag von 18—19 Uhr.

Keine Lehrlinge? Wie wir erfahren, sind im städtischen Berufsamt noch eine große Anzahl freier Lehrstellen in gewerblichen Berufen aller Art zu vergeben. Obgleich alle männlichen Schulabgänger von Ostern d. J. keinesfalls untergebracht sein können, ist die Zahl der Nachfragenden gering. Eltern und Vormünder seien daher darauf aufmerksam gemacht, daß auch jetzt noch Gelegenheit besteht, beim Berufsamt eine Lehrstelle zu erhalten. Sprechzeit täglich 10—14 Uhr, Nikolaistadtgraben 25.

Kleingartenland zu vergeben. Diesseits der Umgehungsbahn, zwischen der verlängerten Lohe- und Bohrauer Straße und in Rosenthal, unmittelbar an der Rosenthaler Brücke, ist noch Kleingartenland zu vergeben. Bewerber wollen sich umgehend im Kleingartenamt, Breite Straße 25, in der Zeit von 8—14 Uhr melden.

Die Beratungsstelle für Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, Garvestraße 29, ist unentgeltlich geöffnet für Männer: Dienstag von 17—18 Uhr, für Frauen: Donnerstag von 17—18 Uhr.

Der abgeänderte Fluchtlinienplan für die Vogelweide und Brückestraße liegt im Vermessungsamte, Blücherplatz 16, II., Zimmer 60, vom 24. April bis zum 8. Mai einschließlich zu jedermanns Einsicht aus.

Jugend- und Schülerfahrten zu Pfingsten und in den Ferien. Zur glatten Abwicklung des starken Reiseverkehrs auf den Breslauer Fernbahnhöfen vor Pfingsten sowie bei Beginn der großen Sommerferien können in diesem Jahre die im Bezirke der Reichsbahndirektion Breslau beginnenden gemeinsamen Jugend- und Schülerfahrten in den Ferienzügen nur unter folgenden Bedingungen zugelassen werden: Die Aufträge zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung nach den vorgeschriebenen Mustern für Donnerstag, Freitag und Sonnabend vor Pfingsten sowie die ersten vier Tage der Sommerferien sind bis spätestens Dienstag, den 22. Mai, und Donnerstag, den 28. Juni dieses Jahres, 18 Uhr, unter Angabe der genauen Teilnehmerzahl und des Zuges bei dem Bahnhofsvorstand des Abgangsbahnhofes zu stellen.

Mittelschlesien

Ohlau. Heraus zur öffentlichen Versammlung der Kommunisten am Freitag, 20 Uhr, im „Preußischen Hof" (Haupt). Es spricht Genosse Reim-Breslau.

Strehlen. Oeffentliche Wahlversammlung Mittwoch 20 Uhr. Referent Genosse Kühne-Berlin.

Oels. Schwer verletzt aufgefunden. Gestern morgen wurde der Kaufmann Wistuba von hier im Breslauer Oberlorbahnhof mit einer schweren Schädelverletzung besinnungslos aufgefunden. Bisher konnte nicht festgestellt werden, ob Verbrechen oder Unglücksfall vorliegt.

Brieg. Die SPD.-Versammlung. Am Freitag hielten die Sozialdemokraten im „Bergel" eine Wahlversammlung ab. Redner war Redakteur Zimmer-Breslau. In der Diskussion sprach der Deutschnationale Häßner sowie Genosse Flegel. Genosse Flegel zeigte das Verhalten der SPD. und riß ihr die Maske vom Gesicht. Er rechnete mit den Leuten, die die Arbeiter seit 1914 belogen haben und es jetzt wieder tun, scharf ab und zeigte, daß sich die Arbeiter nur durch ihre Kraft aus ihrem Elend erlösen können. Der Beifall des größten Teiles der Anwesenden wurde seinen Worten zuteil. Zwar versuchten auch einige fanatische, schon vorher gestempelte Sozialdemokraten den Redner niederzubrüllen, was ihnen aber nicht gelang. Im Schlußwort zeigte sich Zimmer von seiner richtigen Seite. Da er Genossen Flegel nichts Positives erwidern konnte, ging er in ganz gemeiner Weise persönlich gegen unsere Genossen sowie gegen die hiesige Ortsgruppe vor. Als einige Zwischenrufe erfolgten, gab der Versammlungsleiter bekannt, daß, wenn dies nochmals geschehen würde, die Zwischenrufer aus dem Saale entfernt werden würden. Als Antwort brach unter den Arbeitern ein Entrüstungssturm aus, so daß der zukünftige Hausknecht der „Volkswacht" sein Schlußwort vorzeitig beenden mußte. Mit gemischten Gefühlen gingen die Arbeiter heim. Diese Versammlung war, alles in allem, kein Gewinn für die SPD. Die Arbeiter werden sich hüten, dieser Partei, die mit den Bürgerlichen in Koalition macht, und nachher zum Scheine gegen sie hetzt, ihre Stimmen zu geben.

Am Sonnabend 20 Uhr findet im „Weinberg" eine öffentliche Wahlversammlung der Kommunistischen Partei statt. Referent ist Genosse Wollweber-Breslau. Die Brieger Arbeiterschaft ist aufgefordert, zahlreich zu erscheinen!

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau.
- Stadtteil Nord, Straßenzelle 2. Mittwoch 20 Uhr alles zum Sprechchor in „Stadt Namslau".
- Maikommission Ost, Süd, Zentrum. Mittwoch 20 Uhr Sitzung bei Schneemann, Sadowastraße 8. Jeder Stadtteil und jede RFB.-Abteilung entsendet zwei Delegierte.

Ohlau, Alle Parteigenossen und RFB.-Kameraden Freitag 18,30 Uhr antreten bei Schmidt zur Demonstration.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau.
- Orchester der Jugend spielt Mittwoch 20 Uhr im „Gelben Löwen".
- Nord. Donnerstag 20 Uhr Heimabend bei Rüdiger, Trebnitzer Straße 58. Referent anwesend.
- Südwest. Mittwoch 20 Uhr Heimabend bei Reimann, Neue Antonienstraße, Ecke Stadtgraben. Referent anwesend.

Jung-Spartakus-Bund

Breslau.
- Nord. Donnerstag 17 Uhr in „Stadt Namslau" Heimabend. Referent Genosse Steinitz.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.
- Abt. 2. Donnerstag 19 Uhr Antreten, Uferstraße bei Rösner.
- Abt. 4. Donnerstag 19 Uhr Antreten der gesamten Abteilung am Striegauer Platz mit Kapelle.
- Abt. 6. Mittwoch 18 Uhr Antreten im Turmhof. Donnerstag 19 Uhr Antreten bei Zanke.
- RFMB. Donnerstag 20 Uhr Generalprobe b. Hoffmann, Pöpelw.
- Abt. 4. Rote Jungfront. Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Hanke, Mariannenstraße 7.

Görlitz. Mittwoch 20 Uhr im Lokal zur „Altstadt", Nikolaigraben, Funktionärsitzung.

Sonstige Organisationen

Oels. Arbeiter-Kultur- und -Sportkartell. Freitag 19,30 Uhr Monatsversammlung.

Verantwortlich: für den politischen Teil [illegible] und „Waldenburg" Wilhelm [illegible] übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. [illegible]

Waldenburger Bergland

Werktätige heraus!

Kommt in die Wahlversammlungen der Kommunistischen Partei!

Weißstein: Mittwoch, 18. April, um 19 Uhr „Deutsches Haus". Ref. Wollweber-Breslau.

Fellhammer: Mittwoch, 18. April, um 19 Uhr bei Springer.

Rothenbach: Donnerstag, 19. April, um 19 Uhr im „Krug zum grünen Kranz".

Alt-Lässig: Freitag, 20. April, um 19 Uhr bei Böhm.

Ober-Hermsdorf: Sonnabend, 21. April, um 19 Uhr bei Friebel.

Referent Genosse Erbe, Breslau

Groß-Waldenburg

Her mit der zwischentariflichen Lohnerhöhung im Bergbau

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.)

In der am Sonntag stattgefundenen Zahlstellenversammlung in Altwasser wurden nach einem Vortrage des Kameraden Elsner folgende Forderungen gestellt und der Bezirksleitung des BAV. überwiesen:

Sofortige Aufnahme neuer Verhandlungen über eine zwischentarifliche Lohnerhöhung auf Grund des 16-Millionen-Geschenks an die Bergbau-Unternehmer.

Die Unternehmer lehnten jede Aufbesserung der Löhne ab, weil von der Regierung keine Hilfe kam, fanden auch dabei die Unterstützung der Schlichter und Reformisten. Jetzt fordern die Kameraden Erhöhung der Effektivlöhne. Auch verlangen die Unternehmer, daß die Kameraden die Hauer- und Schießhauerkurse nach der Arbeitszeit besuchen müssen. Auch hier ist die Bezirksleitung aufgefordert worden, sofort zu verlangen, daß die Kurse in die Schichtzeit verlegt werden müssen. Die Zahlstellenversammlung ersucht die Kameraden in den Betrieben, bis dahin jede Teilnahme an Kursen abzulehnen. Wegen zu kurzer Zeit bis 1. Mai wurde ein Antrag abgelehnt, der eine Maidemonstration auf gewerkschaftlicher Grundlage vorsah. In Sachen Kirscht wurde entschieden, daß die Funktionen bis zur Klärung der Angelegenheit ruhen. Als Delegierter zur Generalversammlung wurde sein Stellvertreter, Kamerad Grundmann, gewählt.

*

Waldenburger Bergarbeiter, unterstützt den Beschluß der Altwasser Kameraden! Fordert sofortige zwischentarifliche Lohnerhöhung!

Einweihung der neuen Schulen. Wie wir hören, soll die Uebergabe der neuen Schulen am 24. und 25. April durch die Stadt erfolgen. Für Dienstag vormittag ist die Uebergabe der weltlichen, für Mittwoch die der Oberrealschule vorgesehen.

Achtung, kommunistische Stadtverordnete, die Fraktionssitzung findet am Mittwoch 19 Uhr statt.

Promenadenkonzert in Dittersbach. Das für Sonntag vorgesehene erste Promenadenkonzert der Waldenburger Bergkapelle findet Freitag den 20. April von 18—19 Uhr im Amtshaushofe mit dem bereits bekanntgegebenen Programm statt.

Mieterschutzversammlung in Hermsdorf. Am 15. April wurde in der gutbesuchten Mitgliederversammlung nach Verlesen des Protokolls des verstorbenen Mietsgenossen Barfuß in ehrender Weise gedacht. Geschäftsführer Schubert erläuterte in seinem Vortrage recht verständlich die Verschlechterungen im neuen Mieterschutzgesetz; ausgehend vom Wahljahr 1924 bis zum jetzigen freien Kündigungsrecht, wonach nur noch das Rechtsmittel der zweiwöchigen Einspruchszeit in den Händen der Mieter verblieb. Am Schluß seiner Ausführungen ermahnte er die Anwesenden, den für die jetzigen Verschlechterungen verantwortlichen Parteien am 20. Mai die richtige Quittung zu geben. (Das heißt: Wählt Kommunisten! D. Red.) Hierauf gab der 1. Schriftführer, Gen. Modler, den Bericht von der am 1. April getagten Bezirkskonferenz in Rothenbach. Auch hier wurde vom Geschäftsführer Schubert und Lehrer Helbig-Weißstein die schlechte Lage im Wohnwesen sowie das heutige neue Mieterschutzgesetz behandelt. Die Vorstandswahl im Bezirk ergab Wiederwahl. Für die Herbstkonferenz des Bezirks wurde Königszelt gewählt. Zur Begründung des Kassenberichts erwiderte Bezirkskassierer König, daß Invaliden und Witwen bei über 80 Mark Rente den vollen Beitrag zahlen und solche unter 80 Mark die Hälfte. Nach Erledigung einiger die Organisation betreffenden Fragen schloß der 1. Vorsitzende die Versammlung.

Schweidnitz

Oeffentliche Quittung. Die Firma W. Thönsmann, hier, Grabenstraße, Fahrradhandlung, spitzte der Roten Hilfe den Betrag von 10 Mark für die politischen Gefangenen.

Jauer

Einer, der die Kommunistische Partei zerschlagen will

Am 15. April fand in Peterwitz, Kreis Jauer, eine mäßig besuchte Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. Das Referat, bestehend aus Plattheiten und Hetze gegen Sowjetrußland und die Kommunistische Partei, hielt der Landtagsabgeordnete Fritsch-Liegnitz. Zum Beweis der Vorteile, die die SPD. für die deutsche Arbeiterschaft bereits errungen hat, erzählte er die Geschichte von dem alten Nachtwächter, der in der Vorkriegszeit ein Jahresgehalt von 54 Mark erhielt und für die Teilnahme an einer Maiversammlung entlassen wurde. So etwas komme in der Republik nicht mehr vor. Naiv! Würde der Landtagsabgeordnete Fritsch die Arbeits- und Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter in der Republik kennen, so hätte er die Geschichte vom Nachtwächter bestimmt nicht erzählt. Den Diskussionsrednern wurde nur zehn Minuten Redezeit gewährt. Als erster sprach der Kommunist Mätze, ihm folgte der Kommunist Sureck. Dem dritten Diskussionsredner wollte man das Wort nicht mehr geben, damit es nicht den Anschein habe, als sei die Versammlung von den Kommunisten einberufen. (Wer lacht da?) Kollege Eckert mußte erst ausdrücklich betonen, daß er parteilos sei, ehe ihm das Wort erteilt wurde. Die drei Diskussionsredner zerstreuten die Nebelschwaden, welche vom Referentenpult ausgingen. Entrüstet versprach Fritsch in seinem Schlußwort, sich mit aller Kraft für das Zerschlagen der Kommunistischen Partei einzusetzen. Ob ihm das gelingen wird? Nach dem Verlauf der Versammlung zu urteilen — bestimmt nicht.

Vereinsmeierei. Die Sucht, Vereine zu gründen, ist in Deutschland schon sprichwörtlich geworden: „Wo drei Deutsche zusammenkommen, gründen sie einen Verein." Diese Worte kennzeichnen aber die Vereinsmeierei nur gelinde, denn in Wirklichkeit ist es so, daß jeder der drei, kommt er wieder mit zwei andern zusammen, noch einen Verein aufmacht, und es kommt nicht selten vor, daß aus den bestehenden Vereinen und Vereinchen wieder neue entstehen! Der Möglichkeiten, Vereine zu gründen, gibt es ja so viele! Wenn zwei dieselben Interessen, Leidenschaften oder auch körperlichen Eigenschaften gemeinsam haben, flugs werden die nötigen Schritte zwecks Gründung eines Vereins getan, natürlich muß es ein „e. V." sein. Wer könnte sich auch eine Interessengemeinschaft vorstellen, welche nicht streng nach allen Seiten abgegrenzt, womöglich gar ein Anhängsel eines andern Vereins wäre! Wenn diese Krankheit nur unter dem Bürgertum grassieren würde, hätten wir kein Interesse daran, darüber irgendein Wort zu verlieren, wir könnten diese Narrheiten auf unsere Lachmuskeln wirken lassen. Aber es ist anders: Nachdem der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung vor kurzem alles darangesetzt hatte, die „heimgegangene" freie Schulgesellschaft wieder ins Leben zu rufen, wurde am Mittwoch vom selben Verband, natürlich auch denselben Leuten, ein „Volksbund für Geistesfreiheit" gegründet, ein freireligiöser Verein zur Pflege des religiösen Empfindens. Die Belange der der freien Schulgesellschaft Angehörenden hätten meines Erachtens auch (und besser) vom Verband der Freidenker wahrgenommen werden können; was den „Volksbund für Geistesfreiheit" anbetrifft, so glaube ich, daß der, welcher endgültig mit der Kirche gebrochen hat, keinerlei Surrogate bedarf!

Weshalb Aussperrung in der Steinindustrie?

Unternehmer fordern Tarifabschluß bis 31. 12. 1929

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Am Freitag fanden in den einzelnen Kontrollstellen Versammlungen statt. Kollege Müller erstattete den Kassenbericht vom 1. Quartal. Wir glauben, uns die Wiederholung desselben sparen zu können, nur so viel sei erwähnt, daß die Lokalkasse bei dem Streik durch neueingetretene Mitglieder stark belastet wird. Nun, hoffentlich bleiben diese Kollegen auch nach Beendigung des Streiks dem Verband treu. Zu Mißverständnissen könnte die angeführte Summe der als Gehälter gezahlten Gelder führen; es wurde leider in keiner Versammlung versucht, dies aufzuklären. Es wurden gezahlt: Gauleiter Senft 5300 Mark, an den Gauleiter der Steinsetzer 3200 Mark, Bezirkssekretär Müller 1500 Mark und an den Kassierer der Zahlstelle Striegau etwas über 400 Mark. Wir sind uns, wie gesagt, über die Differenzierung nicht ganz klar, glauben auch nicht, daß der Steinarbeiterverband in einem Quartal derartige Summen als Gehälter zahlt. Vielleicht ist der Kollege Müller bereit, uns gelegentlich darüber Auskunft zu geben.

Ueber die Streiklage führte Kollege Müller ungefähr folgendes aus: Nachdem bereits am Sonnabend, dem 7. April, bekannt war, daß die Steinindustriellen den Spruch des Schlichters abgelehnt hatten, beschloß eine in Striegau stattgefundene Funktionärkonferenz, die Verbindlichkeitserklärung des Spruches zu beantragen. Die Unternehmer, welche in einer unverbindlichen Aussprache mit dem Schlichter anfangs erklärten, der eine Pfennig, den der Schlichter bei dem Spruch über den ersten Vorschlag hinweggegangen ist sowie die 4 Prozent Sonderzulage der Steinmetzen, sei für die Steinindustrie untragbar, ließen im Laufe der Unterredung durchblicken, daß sie sich schließlich mit der im Spruch vorgesehenen Lohnerhöhung abfinden würden, wenn — der Lohntarif bis 31. Dezember 1929 unkündbar sei! Nun wissen wir Bescheid! Also daher die Halsstarrigkeit, daher die verschiedenen Kniffe der Unternehmer; sie wollen versuchen, durch Drohungen und Klagelieder den Schlichter bzw. den Reichsarbeitsminister dahin zu bringen, daß die Geltungsdauer des Tarifs bis 31. Dezember 1929 verlängert wird. Nun, wir glauben nicht, daß die Unternehmer mit ihren Methoden Erfolg haben werden; schließlich werden sie auch ohnedies heilfroh sein, durch den gefällten Spruch des Schlichters bei der ganzen Lohnbewegung so glimpflich davongekommen zu sein. Müller streifte sodann die bekannte Erklärung der Steinindustriellen, welche den bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen zugestellt wurden. Der Satz von der „ungünstigen wirtschaftlich-geographischen Lage der schlesischen Steinindustrie" ist nur als Schlagwort zu bewerten. Wir sehen, daß die schwedischen Pflastersteine nach Deutschland, bis nach Schlesien geliefert werden. Wenn die deutsch-schwedischen Trustherren imstande sind, diese schwedischen Pflastersteine zu günstigen Bedingungen zu liefern, so kann man über die „ungünstige wirtschaftlich-geographische Lage" der schlesischen Steinindustrie nur ein Lächeln übrig haben. Nicht anders verhält es sich mit der „schlechten" allgemein-wirtschaftlichen Lage. Wer in der Gewerkschaftsbewegung kein Neuling ist, wird wissen, daß gerade dieses Schlagwort bei jeder Lohnbewegung gebraucht wird. So wurde das Klagelied vom „schlechten Geschäftsgang", der „ungünstigen" allgemein-wirtschaftlichen Lage schon vor dreißig Jahren gesungen, um Lohnaufbesserungen zu verhindern. Und die Unternehmer haben sich so an die schöne Melodie gewöhnt, daß sie das Lied jetzt auswendig können und bei jeder Gelegenheit anstimmen. Interessant ist die Entwicklung der einzelnen Unternehmer trotz der dauernd schlechten Lage der schlesischen Steinindustrie. So ist ein Unternehmer, welcher vor dreißig Jahren die Steine noch eigenhändig aus dem Steinbruch transportierte, heute Besitzer von sechs größeren Betrieben. Der andere, welcher anfangs nur einen Betrieb hatte, ist heute der größte Steinindustrielle! Wenn die Steinbrüche eine so geringe Profitmöglichkeit bieten, wie dies immer seitens der Unternehmer erklärt wird, dann muß man sich doch darüber wundern, wenn die Unternehmer einen so großen Wert darauf legen (und in der Lage sind! D. B.), immer mehr Betriebe in ihren Besitz zu bringen!

Die folgende Diskussion spiegelte die Erregung der Kollegen über das Ansinnen der Unternehmer, den Tarif bis 31. Dezember 1929 zu verlängern, wider. Die Verbandsleitung wurde aufgefordert, unter keinen Umständen von dem Spruch des Schlichters abzuweichen. Nachdem Kollege Müller darauf hingewiesen, daß die der Verbindlichkeitserklärung vorangehenden Verhandlungen in Kürze bevorstehen und sich die Kollegen danach zur Versammlung bereithalten sollen, wurde die Versammlung geschlossen.

Anmerkung der Redaktion: Wir sind der Auffassung, daß die Forderung nach der Verbindlichkeitserklärung des vorliegenden Schiedsspruches ungenügend ist. Notwendig ist Wiederaufstellung der alten Forderungen und Kampf bis zu ihrer Durchsetzung!

Niederschlesien

Görlitz

Die nächste Stadtverordnetensitzung findet am Freitag statt. Die Tagesordnung umfaßt 8 Punkte, unter anderem mehrere Verstärkungen von Ansätzen des Haushaltsplanes 1927. Zugleich soll die Gewinn- und Verlustrechnung der Sparkasse für den 31. Dezember 1927 zur Kenntnis genommen und genehmigt werden. Die Bilanz schließt mit einem Verlust von 5325,88 Mark ab. (Man sieht, daß auch die Reklame in den Kinos nicht viel hilft, weil die kleinen Sparer von der Inflation her noch die Nase voll haben.) Als letzter Punkt werden die Fortsetzungen der Beratungen der Einzelhaushaltspläne vorgenommen.

Achtung! Am Donnerstag, dem 19. April, 20 Uhr, findet im Lokal „Zum goldenen Löwen", Nikolaigraben, eine kombinierte Versammlung von Partei, RFB., RJ., RFMB. und der Roten Hilfe statt. Auf Grund der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend erforderlich.

Genossen und klassenbewußte Arbeiter von Görlitz! Rüstet zum gewaltigen Aufmarsch der Kommunistischen Partei am 1. Mai!

Oeffentliche Wahlversammlung in Penzig

Mittwoch 20 Uhr im Saale des Restaurants „Gambrinus" (Hübel). Freie Aussprache. Kopf- und Handarbeiter, erscheint in Massen! Referent Genosse Gläser-Breslau.

Lauban

Oeffentliche Wahlversammlung

Am Mittwoch 20 Uhr findet hier die erste kommunistische öffentliche Wählerversammlung im alten Saale des Hotels „Bellevue" statt, wozu Genosse Steffen-Breslau das Referat, „Die Kommunisten im Kampf gegen die Feinde der Werktätigen", übernommen hat. Es wird Sache und Pflicht der Werktätigen sein, sich diesen hochwichtigen Vortrag anzuhören, um sich klar zu sein, welchen Kandidaten sie am 20. Mai zu den Wahlen zum Reichs- und Landtag ihre Stimme geben müssen.

Neusalz

Internationale Taschendiebe. Auf dem letzten Jahrmarkt in Neusalz konnte die Kriminalpolizei zwei Mitglieder einer gefährlichen Bande von Taschendieben festnehmen, die als die Polen Jonda und der bekannte Taschendieb Engelhardt festgestellt wurden. Elf Diebstähle konnten ihnen nachgewiesen werden. Die Festgenommenen versuchten, aus dem Gerichtsgefängnis zu entkommen. Unter starker Bewachung wurden sie gefesselt dem Glogauer Gefängnis zugeführt.

Grünberg

Brände. Durch Blitzschlag wurde das mit Stroh gedeckte Wohnhaus des Häuslers Merike in Sarlow eingeäschert. — Durch Feuer wurden 30 Morgen Schonung in den zum Rittergut Drehnow gehörenden Waldungen vernichtet.

Glogau

Heraus zur öffentlichen Wahlversammlung!

Mittwoch 19 Uhr Antreten auf dem Liebknechtplatz zur Demonstration und öffentlichen Wahlversammlung in der „Dominsel". Referent Genosse Andert-Breslau. Alle KPD.- und RFB.-Mitglieder haben zu erscheinen!

Ein Kind zu Tode gequetscht. Beim Anspannen eines Pferdes auf dem Hofe des Gutspächters Paul Becker drückte das Pferd den Wagen plötzlich zurück und dabei das hinter dem Wagen stehende zweijährige Töchterchen des Gutspächters an die Wand des Stalles. Dem Kinde wurde der Brustkorb eingedrückt, außerdem erlitt es schwere Verletzungen am Kopfe, so daß es am folgenden Tage an den Folgen des Unfalles starb.

Bunzlau

Zusammenstoß zwischen Post- und Lastauto. An der Ecke Dammweg-Gymnasialstraße stießen ein Postauto und das Lastauto des Kreisbauamtes zusammen. Das Postauto wurde eine Strecke weit fortgeschleift, wobei beide Postschaffner, Albert Tschen und Adolf Schulz, schwer verletzt wurden. Schulz wurde ins Kreiskrankenhaus übergeführt. Das Postauto wurde erheblich beschädigt.

Haynau

Die erste kommunistische Wählerversammlung

Mittwoch 20 Uhr veranstaltet die Kommunistische Partei im großeen Volkshaussaale ihre erste öffentliche Wahlversammlung. Es spricht die Genossin Hahne-Breslau.

Liegnitz

Verschiedenes. In der Veröffentlichung der Landtags-Kandidatenliste für den Wahlkreis Liegnitz muß es an 6. Stelle heißen: Karl Klose, Maurer, nicht, wie gemeldet, Hermann Klose. — Der Meister der Strickerabteilung der Firma Merkur wird in nächster Zeit an dieser Stelle von verschiedenen feinen Sachen lesen können. Auch dieser Herr wird noch darüber belehrt werden, wie man nicht mit Arbeiterinnen umzugehen hat.

Opferkästen erbrochen. In der katholischen Stadtpfarrkirche von Liebenthal ist ein Einbruchsdiebstahl verübt worden. Die in der Mauer fest eingesetzten steinernen Opferkästen waren erbrochen und beraubt. Da beide Kästen seit vier Wochen nicht mehr geleert worden waren, dürfte die Beute erheblich gewesen sein. Wahrscheinlich hat sich der Täter am Abend in die Kirche einschließen lassen, um nachts ungestört zu arbeiten.

Aus dem Riesengebirge

Schmiedeberg. Abrechnung mit Nationalsozialisten und SPD. Auch hier hat der Wahlkampf begonnen. Am Sonnabend abend hielt die KPD. im „Stollen" die erste öffentliche Wählerversammlung ab. Genosse Dombrowski-Breslau schilderte in einem zweistündigen Referat die Politik des Bürgerblocks und brandmarkte die Tätigkeit des Reichstages in den letzten vier Jahren. Dann beleuchtete er die Scheinopposition der SPD. und kennzeichnete ihre Koalitionspolitik in Preußen. Nachdem der Redner die grundsätzliche Einstellung der KPD. zur kapitalistischen Republik aufgezeigt hatte, schloß er mit der Aufforderung an die Anwesenden, durch die Stimmabgabe für die KPD. das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats abzulegen. — In der Diskussion verzapfte ein Nationalsozialist unter großem Gelächter der Versammlung ein heilloses Durcheinander, und ein auswärtiges Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend machte den Versuch, die Koalitionspolitik der SPD. zu verteidigen. (Die Ortsgrößen der SPD. hatten es vorgezogen, zu Hause zu bleiben.) Im Schlußwort zerpflückte der Redner die „Argumente" der beiden Diskussionsredner. Sein Appell, die Einheit des Proletariats unter den roten Fahnen und der Führung der KPD. herzustellen, fand stürmische Zustimmung.

Am Sonntag veranstalteten die Ortsgruppen der Partei und des RFB. eine Landagitation in Zillertal-Erdmannsdorf mit anschließender öffentlicher Versammlung, in welcher der Genosse Walter-Landeshut referierte. Der Erfolg der Agitation war ein guter. Die Partei marschiert auch hier. Genossen, weiter vorwärts!